

Breslauer Morgenblatt.

Freitag den 11. März 1859.

Nr. 117.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 10. März. Der heutige „Constitutionnel“ bringt eine ausführliche Darlegung des österreichischen Armee-Be-standes in Italien. Er schätzt die Truppenmasse daselbst, die Beurlaubten mit unbegriffen, auf 117,230 Mann, und sagt, daß die österreichische Armee wahrscheinlich Stellung nehme, um nöthigenfalls die Offensive ergreifen zu können. Nach der neuesten Disposition näherten sich die Streitkräfte den Grenzen bis auf einige Tagesmärsche. In Verona und Mailand sei die schwere Artillerie vereinigt. Diese Vereinigung seze die Zusammenziehung eines Belagerungsparks in Vasia voran, womit man nur eine Belagerung der festen Plätze Vimonts bezeichnen könne.

An der gestrigen Abendbörse schloß die Bproz. Rente sehr matt zu 68, 65. Man versicherte, Cowley's Mission sei erfolglos geblieben.

Berliner Börse vom 10. März, Nachmittags 2 Uhr. (Angetreten 4 Uhr — Min.) Staatschuldsscheine 84%. Prämien-Anleihe 114%. Schles. Bank-Berein 80. Kommandit-Antheile 98. Köln-Minden 134%. Alte Freiburger 87%. Neue Freiburger. — Oberschlesische Litt. A. 127. Oberschlesische Litt. B. 119. Wilhelms-Bahn 46%. Rheinische Altien 82%. Darmstädter 84%. Dessauer Bank-Altien 39%. Oesterr. Kredit-Altien 90%. Oesterr. National-Altien 72%. Wien 2 Monate 91%. Mecklenburger 50%. Hessische-Brieger 52. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 54%. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Altien 144. Tarnowitzer 42. — Sehr fest schließend.

Berlin, 10. März. Roggen fest. März-April 44, Frühjahr 43%. Mai-Juni 44%, Juni-Juli 45. — Spiritus behauptet. März-April 19%, Frühjahr 19%, Mai-Juni 20%, Juni-Juli 20%, Juli-August 21%. — Rüböl unverändert. März 14%, Frühjahr 14.

Telegraphische Nachrichten.

Kopenhagen, 9. März. Der königliche Kommissar erklärte heute auf besonderen Auftrag von Kopenhagen, daß die Regierung auf die Anträge des Verfassungs-Ausschusses nicht eingehen. Nachdem der Präsident und die Abg. Blome, Preuker und Reinde für dieselben gesprochen, nahm die Verhandlung die Anträge an.

Turin, 8. März. Nach der „Nazione“ wäre die Bildung von Freiwilligen-Bataillonen unter dem Kommando des sogenannten General Garibaldi beschlossen worden. — Das „Diritto“ will seinerseits wissen, daß die Reserve-Klassen zu den Waffen berufen werden sollen, auch sei die Bildung eines Beobachtungslagers beschlossen.

Breslau, 10. März. [Zur Situation.] Die preußische Regierung hat selbst die Initiative ergreifen, um der Landesvertretung über ihre Stellung zu den gegenwärtigen Verwicklungen die nötige Auskunft zu geben.

Ist schon dieser Entschluß, welcher zugleich als ein schöner Beweis achtungsvollen Vertrauens gelten kann, freudig anzuerkennen, so ist der materielle Inhalt der Erklärung selbst vollkommen geeignet, Befriedigung zu erwecken.

Die preuß. Regierung hat ihre Aufgabe nach der Höhe der dem preuß. Staate von der Geschichte angewiesenen Bestimmung bemessen, und hat, wenn ihren Bemühungen die Erhaltung des Friedens nicht gelingt, ihre Entschlüsse auch für den Krieg gefaßt.

Bei jenen Bemühungen, welche, den Erklärungen des Herrn Ministers des Auswärtigen zufolge, die Achtung der Verträge zur Voraussetzung haben, nimmt Preußen die Initiative für sich in Anspruch, da auf England, nur als auf eine die preußischen Bemühungen unterstützende Macht Bezug genommen wird; im Hinblick auf die Eventualitäten erklärt sich Preußen zum Voraus als wärmster Vertreter des deutschen Interesses.

Mit dieser Erklärung wird hoffentlich den zudringlichen Provocationen, welche zum Theil nur eine andere Form des Misstrauens waren, ein Ende gemacht sein, jenen Provocationen, deren sich die süddeutsche Presse und namentlich die „Allg. Ztg.“ nicht erwehren konnte.

Diese freiwillige, vor der preußischen Landesvertretung und vor der ganzen Welt abgegebene, Erklärung giebt dem deutschen Vaterlande ein unschätzbares Pfand, auf dessen Einlösung in den Tagen der Gefahr es eben so sicher rechnen darf, als das Ausland die feierliche Deposition derselben nach Gebühr zu respectiren wissen wird.

Jedenfalls ist die preußische Regierung nicht gewillt, die Politik der „freien Hand“ zu verfolgen, welche stets nur im Nachtrabe der Ereignisse — marodieren kann, ohne je in die Lage zu kommen, oder die gegebenen zu benutzen, wo es der Macht des entschlossenen Willens gegeben ist: den Ereignissen zu gebieten.

Und in Ansehung dieser Stellung unserer Regierung ist auch die von dem Herrn Minister des Auswärtigen gegebene Hinweisung auf die „während der letzten Tage noch wesentlich gestiegerte Hoffnung“ (auf Erhaltung des Friedens) von dem größten Gewicht, obwohl es andererseits an üblen Symptomen einer schlimmeren Eventualität nicht fehlt.

Es kann dies nicht anders sein, da die namhaft gemachten Beschwerden nur einzelne Symptome des allgemeinen Uebelbefindens sind, so daß die Diplomatie, so oft sie daran geht, den status causae et controversiae aufzunehmen, hinter den formulirten Punkten immer auf ein etwas wechselseitiger Antipathien stößt, welches auch der preußische Minister nicht anders, als mit der Bezeichnung „Stimmungen“ zu qualifizieren weiß. — In diesem Unausgesprochenen des Gegensages liegt unseres Grachens die hauptsächlichste Gefahr der Situation, wie es der Triumph der Diplomatie sein würde, die Parteien zu nötigen, ihr letztes Wort zu sprechen, selbst den casus belli bezeichnete.

Mit Forderungen kann man rechten; mit Stimmungen, mit un- ausgesprochenen, kommt man niemals zur Ausgleichung.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

L. C. C. Zwanzigste Sitzung des Hauses der Abgeordneten. Beginn der Sitzung 10% Uhr. Präsident Graf Schwerin. Die Diplomaten-Dribline ist sehr gefüllt.

Nachdem der neu eingetretene Abg. v. Binda vereidigt worden, kündigt der Präsident eine Mitteilung des Staatsministeriums an.



Zeitung.

Freitag den 11. März 1859.

Nr. 117.

Fürst von Hohenzollern: Von der Regierung werden dem hohen Hause einige Gründnungen über die gegenwärtige politische Situation zugehen. Der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten wird Ihnen ein Exposé über die allgemeine Sachlage geben; und der Herr Finanzminister wird Ihnen über eine Maßregel Mitteilung machen, welche die Regierung für nötig erachtet.

Finanzminister v. Patow: Schon seit längerer Zeit verlautete, daß aus dem Zollvereine in mehr als gewöhnlicher Anzahl Pferde ausgeführt würden. Die Regierung widmete dem Gegenstande eine unausgefechte Aufmerksamkeit. Nach dem Berichte der Behörden wurde bisher aber an keiner Grenze das gewöhnliche Maß der Pferdeaufführung erheblich überschritten. Seit dem Beginn dieses Monats haben an einigen Punkten Pferdeauffäufe stattgefunden, welche darauf schließen lassen, daß eine bedeutend erheblichere Pferdeaufführung vorbereitet wird. Die Staatsregierung hat sich deshalb veranlaßt gefunden, unter dem 2. d. Mts. den Regierungen des Zollvereins den Vorschlag zu machen, an allen Grenzen des Zollvereins die Pferdeaufführung zu verlagen. Es ist auch bereits telegraphisch von allen Regierungen die Zustimmung zu dieser Maßregel erklärt worden, mit Ausnahme der vom Großherzogthum Luxemburg, von welcher eine Erklärung noch nicht eingegangen ist. Im Königreich Bayern ist wegen eines großen Pferdemarkts das Ausfuhrverbot schon mit dem 5. d. Mts., in Württemberg mit dem 7. d. Mts. in Kraft getreten; in Preußen und allen übrigen Zollvereinstaaten tritt es mit dem morgenden Tage, mit dem 10. d. M. in Kraft. Die Regierung hat nicht unterlassen wollen, diese Maßregel zur Kenntnis der Landesvertretung zu bringen (altheitiges Bravo), und sie glaube dabei im Sinne derselben gehandelt zu haben.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Schleinitz gab eine längere Erklärung über die austwärtige Politik, die mit der sich daran schließenden zustimmenden Erwidderung des Präsidenten Grafen Schwerin bereits mitgetheilt worden ist.

Zur Tagesordnung übergehend erfolgt nun der Bericht der Commission zur Prüfung des Staatshaushaltsgesetzes. Bei dem Etat der Post-, Gesetzmäßigungs- und Zeitungs-Debits-Verwaltung rügt der Abg. Reichensperger (König) die Beibehaltung des Bestellgeldes der Briefe, da dasselbe gerade den kleinen Mann treffe.

Der Handelsminister: Es ist der Wunsch der Staatsregierung wie der Postverwaltung, das Bestellgeld aufzugeben, sobald die Finanzlage es erlaube, zur Zeit trage das Bestellgeld 500,000 Thlr. ein. Die Staatsregierung hofft, bald in der Lage zu sein, das Bestellgeld aufzuhören zu können und den Ausfall auf andere Weise zu deden.

Die Commission hat beantragt, die Insinuation gerichtlicher Verfugungen durch die Post im gesetzlichen Wege zu regeln.

Der Justizminister räumt ein, daß die Cabinetsordre vom 31. März 1842, betreffend derartige Insinuationen, nur durch das „Justizministerialblatt“ veröffentlicht worden sei; indes sei das genügend gewesen, und die gesetzliche Regelung dennoch bereit vorhanden. Daher sei kein Grund vorhanden, die Regelung zu ändern.

Abg. Osterath vertheidigt den Commissions-Antrag. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Wegen der Aushebung der Post-Zwangspflicht für wissenschaftliche Journale, die nur wegen angebauter Anzeigen steuerpflichtig sind, hat der Abg. Veit ein Amendment gestellt, die Post-Zwangspflicht auf die politischen Zeitungen zu beschränken.

Abg. Veit: Durch die Cautionen, die Zeitungssteuer und das Preßgesetz sei die periodische Presse mit dreifachen Nutzen gezüchtigt; die Gesetzgebung sei eine tendenziöse nicht politischen Blätter der Post entziehen. Der Antrag der Commission sei ungünstig; sein Amendement beweise, die Postzwangspflicht nur auf die politischen Blätter auszuüben. Es ergebe sich, daß die Zwangspflicht für den Buchhandel von den übelsten Folgen sei. Die Organisation des deutschen Buchhandels beruhe darauf, daß ein einzelner Speditionsort zur Vereinfachung des Verkehrs und Verringering der Kosten geschaffen sei. Daher sei in ganz Deutschland der Ladenpreis ein gleicher. Hört das auf, so sinkt der Buchhandel zum gemeinen Idioten herab, wie das auch in anderen Ländern der Fall sei. Das Postgesetz fordere, wie die Commission anzudeuten scheine, zur Contravention geradezu heraus. Daher sei eine gesetzliche Änderung dringend geboten. Die Postzwangspflicht bestheue nur in Preußen. Hier dürfte auf die übrigen Verhältnisse Deutschlands Rücksicht genommen werden; der preußische Buchhändler dürfe nicht schlechter gestellt sein als der deutsche Buchhändler. Die Angelegenheit sei keine Parteiache, sondern eine Sache der Nation. Der Redner bittet, seinen Antrag als Abschlagszahlung zu Gunsten der Presse anzunehmen.

Der Handelsminister erklärt, die Regierung wolle diese Wünsche berücksichtigen; dieselben würden bei Aufhebung der Postzwangspflicht der Parteien ihre Geltung finden.

Das Veit'sche Amendment wird mit großer Majorität angenommen; für dasselbe stimmt die ganze rechte Seite des Hauses und ein großer Theil der Linken. Bei dem Titel „persönliche Verwaltungskosten“ hat die Commission sich für die Vereinigung mehrerer Ober-Post-Direktionsbezirke unter einer Ober-Post-Direktion, namentlich bei kleineren Ober-Post-Direktionen ausgesprochen.

Abg. v. Binda (Hagen) hat das Amendment gestellt: die Erwartung auszusprechen, daß die Zahl der Ober-Post-Direktionen möglichst so bekränzt werden wird, daß für jede Provinz nur eine Ober-Post-Direktion bestehen bleibe; derselbe spricht für sein Amendment im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung; auch sei es gerade im Interesse des persönlichen Verkehrs der Ober-Post-Direktion mit dem Ober-Präsidenten, daß erstere am Sitz des Ober-Präsidenten sich befnde.

Der Handelsminister: Nach reiflicher Erwägung habe die Regierung die Ober-Post-Direktionen mit den Sitzen der Regierungs-Collegien verbunden, eine Einrichtung, die sich glänzend bewährt habe. Nur die Ober-Post-Direktion zu Halle mache eine Ausnahme, indem dort keine Regierung sich befindet. Die Ober-Post-Direktionen zu Stralsund und Erfurt seien von höchster Wichtigkeit. Deshalb könne die Regierung von der Decentralisation der Ober-Post-Direktionen nicht absehen; ein anderes Verfahren würde die Aufsicht erschweren, und würde eine Ersparung nicht eintreten.

Vice-Präsident Reichensperger übernimmt den Vorfall.

Abg. v. Binda (Hagen): Waren statt 26 nur 8 Ober-Post-Direktionen, so würden die Gehälter von 18 Ober-Post-Direktoren erspart werden; infolfern irr der Herr Minister, wenn er nicht annimmt, daß durch Abhäufung einiger Ober-Post-Direktoren gespart wird. Was nun die Regierungen anbetrifft, so wäre es wünschenswert, auch einige Regierungen abzuwählen, namentlich die Regierung von Stralsund auf den Aussterber-Statut zu stellen. (Gelächter.)

Abg. Kruse: Die eigentümlichen Verhältnisse des Regierungs-Bezirks Stralsund, von denen mein geehrter Freund v. Binda nichts versteht (schallendes Gelächter), machen die Aufrechterhaltung der Regierung in Stralsund notwendig. Der Herr v. Binda ist nur einmal nach Rügen gefahren, und das war im Sommer! (Gelächter.)

Der Berichterstatter Karsten für den Commissionsantrag: Es sei immer der Wunsch rege, die Beamtenzahl zu vermindern; tomme man aber einmal zu einem speziellen Ressort, so heiße es immer, hier könne Niemand entbehrt werden.

Der Handelsminister: Gerade bei der Post könnten am wenigsten Beamte entbehrt werden.

Das v. Binda'sche Amendment wird darauf mit geringer Majorität angenommen. (Dagegen: Die Fraktionen der linken Seite, das Centrum, die Minister und einige Mitglieder der Rechten, wie v. Bonin (Genthin).)

Hierauf wird der Etat der Post-, Gesetzmäßigungs- und Zeitungs-Debits-Verwaltung dem Commissionsantrag gemäß mit 9,732,455 Thaler genehmigt; ebenso die Etats der Telegraphenverwaltung, der königl. Porzellan-Manufaktur und der Gesundheitsgehirn-Manufaktur.

Der Justizminister: Aufs folge allerhöchster Ermächtigung bin ich beauftragt, dem hohen Hause den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Zulässigkeit der Exekutionsvollstreitung durch Personalarrest zum Zwecke der Ableistung des Manifestationsetzes im Departement des Justiznats zu Ehrenbreitstein vorzulegen. Es haben sich über den angegebenen Gegenstand im Departement Ehrenbreitstein Schwierigkeiten erhoben, deren Bedeutung im Wege der Rechtsprechung nicht möglich ist, die vielmehr eine Abhilfe im gesetzlichen Wege erfordern.

Der Gesetz-Entwurf wird der zu diesem Zwecke um 7 Mitglieder zu verstärkten Justiz-Commission überwiesen.

Im weiteren Verfolg der Tagesordnung werden die Etats der Münze und des Finanzministeriums angenommen. Bei dem letzteren Etat hat die Commission bei den Positionen „Pensionen und Competenzen“ den Antrag gestellt:

daß das Haus der Abgeordneten wolle die Erwartung aussprechen, daß Aenderungen an den vor dem Jahre 1848 bestehenden Pensions-Reglements für Militär- und Civil-Staatsdiener nicht ohne Theilnahme der beiden Häuser des Landtags eintreten dürfen.“ Abg. v. Könne (Westhavelland) beantragt folgenden Zusatz zu dem Commissions-Antrag: „und daß der Gegenstand der Benennung der Beamten baldmöglichst durch ein der Landesvertretung zur Beschlusnahme vorzulegendes Gesetz vollständig werde geordnet werden.“ Abg. v. Könne (Westhavelland) für seinen Antrag: Der Erfolg eines allgemeinen Pensionsgesetzes sei nothwendig; das Pensionswesen sei gegenwärtig durch ein allerhöchstes allerhöchstes vollgenes Regulativ von 1825 geregelt; dieses Regulativ sei aber nicht in geheimhäftigem Wege, sondern nur durch die Kampfenden Anträge publicirt. Der Erfolg eines solchen allgemeinen Pensionsgesetzes sei auch in der Einleitung zu dem Regulativ von 1825 in Aussicht gestellt. Im vorigen Jahre habe das Haus einen Antrag im Sinne des v. Könne'schen angenommen.

Nachdem der Abg. v. Carlowitz den v. Könne'schen Zusatz bestimmt und der Regierungs-Commissarius erklärt hat: die Regierung werde den Gegenstand in Erwägung ziehen und dem Hause das Resultat dieser Erwägungen mittheilen, wird der Commissions-Antrag mit dem v. Könne'schen Zusatz angenommen.

Es folgt die Berathung über Petitionen. Die im 4. Bericht der Petitions-Commission beantragten Petitionen werden jährlich durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, darunter auch eine wegen Errichtung eines homöopathischen Lehrstuhls und einer homöopathischen Klinik, bei welcher die Commission Übergabe an die Regierung zur Verübung vorgeschlagen hatte. Bei einer Petition mehrerer Kirchenpatrone um Aufhebung des Patronatcrechts, über welche ebenfalls Tagesordnung beschlossen wird, spricht der Abg. Strohn den Wunsch, aber nicht den Antrag, aus, es möge der Regierung baldmöglichst gelingen, den Wunsch nach geheimer Regelung des Patronats, die auch in Art. 17 der Verf.-Urkunde in Aussicht gestellt sei, zur Ausführung zu bringen. Bei der bereits besprochenen Petition des jüdischen Rittergutsbesitzers Jakob Löb zu Caltenhoff wegen Ausübung der jüdischen Rittergutsbesitz (die Commission beantragt Übergang zur Tagesordnung, da nach Erklärung des Regierungs-Commissarius der Petent die Erfüllung seines Petitions beim Minister erlangen könne) ergreift Abg. v. Blankenburg das Wort, um sich darüber auszusprechen, ob es überhaupt gut sei, die jüdischen Gutsbesitzer mit so bedeutenden kreisständischen Rechten zu versehen. Die Auffassung der Commission scheint nicht zu stimmen mit den altpreußischen Traditionen, sie steht auch mit den Anträgen des Dr. Stein vollständig im Widerspruch. Er will sich nicht in juristische Deduktionen darüber einlassen, ob Art. 12 der Verf. den Juden alle die Rechte aufheile; im Schoße der früheren Regierung sei ausgeführt worden, daß der Artikel diese Wirkung nicht habe. Dafür sprächen auch die Entscheidungen des Ober-Tribunals vom 17. Sept. 1852 und 8. Febr. 1854. Er werde für die Tagesordnung stimmen, wolle aber seine ernsten Bedenken vor dem Hause und dem Lande aussprechen über die Erklärung des Regierungs-Commissarius, die im Commissionsberichte als Ansicht der jetztigen Regierung niedergelegt sei. Er habe es nie billigt, wenn auf dem Wege des Rechtspruchs alte begründete Rechte verklummt werden; er billige es aber auch jetzt nicht, daß man auf diesem Wege bestehende wichtige gesetzliche Bestimmungen und Einstellungen bei einer höchst bestrittenen Interpretation befeiste. Er berufe sich ferner auf eine Erklärung des Justiz-Ministers vom 10. Febr. 1855, wonach derselbe sich nicht für berechtigt gehalten habe, im Wege der Rechtspruchs vorzugehen, sondern eine Änderung nur im legislativen Wege herbeiführen zu können erklärte. Das jetzige Ministerium habe sich berechtigt geglaubt, gegen die Ansicht des Justizministers — denn der selbe werde doch nicht in einem Jahre seine Ansicht in einer so wichtigen Angelegenheit ändern — im Wege des Rechtspruchs vorzugehen; es werde sich zeigen, ob die Kreis- und Provinzial-Landtage dazu schweigen würden.

Der Justizminister: Die Bemerkung, als habe er, der Minister, früher eine andere Ansicht ausgesprochen, als gegenwärtig, sei unbegründet; denn er habe früher dieselbe Meinung vertheidigt wie heute. Es handele sich in der Frage nicht darum, ob die allgemeinen Verfassungsparagraphen specielle Gesetze ohne Weiteres zu befeißen im Stande gewesen wären, sondern es frage sich vielmehr, ob die Gesetze, auf deren Anwendung es ankomme, ihre verbindliche Kraft behalten hätten. Das Gesetz vom 24. Mai 1850 reaktiv

Blüthe der Literatur in Lessing erhob, im Stande war, diesem den Moses Mendelssohn an die Seite zu stellen, dieser Theil des Volkes seine Ebenbürtigkeit dadurch bewiesen hat, die ihm nicht mehr abgeprochen werden kann. Die Berufung auf den großen Namen Stein's hat mich an den alten Sac erinnert, daß ein großer Mann von einem Theile der Nation in den Momenten seiner Größe, von dem andern in den Momenten seiner Verirrung angerufen wird, gleichwie es Nationen gibt, die die Sonne anbeten, nicht wenn sie klar und hell scheint, sondern wenn sie verdunkelt ist. Wenn das Eigenthum an Grün und Bogen die Stellung einnehmen soll, welche die Mitglieder jener (der linken) Seite ihm beilegen, wie ist es dann möglich, daß man Jemand, dem man das Eigenthum nicht entreißen kann, die Consequenzen desselben entziehen will. Man thut dann klüger, zu den Traditionen des 14ten Jahrhunderts zurückzukehren, und zu sagen, die Juden können weder mobiles noch immobiles Eigenthum erwerben, und müssen, was sie schon erworben, wieder herausgeben. Ich hoffe, daß Ansichten, wie die eben gehörten, hier immer seltener werden, daß einem Volke seine Rechte gewährt werden, welches herübergekommen ist, wahrscheinlich von der Wiege des Menschengeschlechts, ganz gewiß aber vor der Wiege der christlichen Religion. (Bravo.)

Abg. v. Blankenburg: Die Erklärung, welche der Herr Justizminister heute abgegeben, scheint mir mit der 1858 abgegebenen nicht in Übereinstimmung zu stehen. Sollte der Herr Justizminister früher diese Ansicht im Ministerium geltend gemacht haben, so ist nur zu bedauern, daß er sie nicht mit größerer Energie geltend gemacht hat. Die Angelegenheit würde uns dann nicht acht bis neun Jahre beschäftigt und so viel böses Blut gemacht haben. Der Abg. Weit befindet im Fritzhume darüber, daß ich die Juden mit den Dissidenten in eine Linie gestellt habe. Mir ist ein Jude, der an den Gott Abrahams, Isaacs und Jakobs glaubt, viel lieber als ein Atheist, mag er getauft oder ungetauft sein. Was ich beabsichtigte war, mich dagegen zu vertheidigen, daß diese Angelegenheit auf dem Wege des Reciptes und nicht der Gesetzgebung erledigt werde. Wenn der Abg. Simson der Ansicht ist, daß meine Ansichten nicht auf Billigung im Lande rechnen können, so wird der Erfolg für das Gegenheil sprechen. Das will ich noch sagen, daß es ein preußisches Grundrecht ist, daß kein Jude über Christen Regierungs- und Obrigkeit-Rechte ausübe. (Lebhafte Bravo auf den Bänken der Präsidenten Büdler, v. Arnim und v. Blankenburg.)

Nachdem der Abg. Grabow noch für den Kommissionsantrag gesprochen, wird die von der Kommission beantragte Tagesordnung ohne Abstimmung angenommen.

Der Magistrat zu Waldenburg beschwert sich darüber, daß ihm verwehrt werde, von den Lohnschreibern ein Einzugsgeld zu erheben; er beantragt, die Regierung zu ersuchen, das betreffende Recipt aufzuheben. — Die Abg. Karsten und Müller (Kreuzburg) für die Berücksichtigung der Petition, indem sie die Beamtenqualität der Lohnschreiber bestreiten. Der Justizminister und der Abg. Wachler vertheidigen die von der Kommission aufgestellte Ansicht, welche die Lohnschreiber als Beamte hinstellt und Tagesordnung beantragt. Die Tagesordnung wird darauf mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der zweite Bericht der Kommission für das Unterrichtswesen. Der katholische Pfarrer Lomnick zu Serod (Kr. Schweiz) führt Beschwerde, daß in seinem Parochialbezirk bei 309 katholischen und 168 evangelischen Familienvätern nur eine einzige katholische Schule, und diese erst seit 1854, und sechs evangelische Schulen existieren. Dieser Umstand hat den L. mit der betreffenden Schulgesellschaft veranlaßt, bei Erledigung der in dem Kirchspiel Serod belegenen Schulstelle Lomnick die königliche Regierung zu Marienwerder im Januar 1854 um die Anstellung eines katholischen Lehrers an der genannten Schule zu bitten. Die Stelle wurde indeß zufolge Ministerialverfügung vom 30. Nov. 1857 mit einem evangelischen Lehrer besetzt. Die Kommission beantragt: in der Erwartung, es werde der konfessionelle Charakter der Schule bei der nächsten Erledigung der Lehrerstelle definitiv festgestellt werden, zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Klingenberg befürwortet die Petition. Abg. Mettenmeyer wird beim Beginn seines Vortrages bei den Worten: „daß die Behörden mit den religiösen Gefühlen der Gemeinden ein frivoles Spiel treiben“, von der linken Seite unterbrochen. Der Präsident rügt den Ausdruck. (Bravo links.) Abg. Mettenmeyer will nunmehr aus einem seinen amtlichen Wirkungskreis (er ist katholischer Pfarrer) betreffenden Beispiel die Richtigkeit seiner Behauptung erweisen. Der Präsident unterricht ihn zum zweitenmal mit der Aufforderung, sich an die vorliegende Petition zu halten. Abg. Dr. Hahn beantragt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Kultusminister v. Bethmann-Hollweg: Es sei nicht überall möglich, sofort den konfessionellen Charakter der Schule festzustellen. Aber auch in dem Provinzgebiet sei die Regierung stets bemüht, nach Billigkeitsgründen dem konfessionellen Element Rechnung zu tragen. Im vorliegenden Falle sei die Regierung zu Marienwerder aufgefordert worden, über das Thatsächliche Bericht zu erstatten; danach würde die definitive Entscheidung getroffen werden.

Abg. v. Binde (Hagen) ist entschieden gegen konfessionelle Elementarschulen. Schreiben, Rechnen, Lesen trüge keinen konfessionellen Charakter; das Einmaleins sei für alle dasselbe. Es sei gut, wenn die Kinder sich von ihrer frühen Jugend an als Bürger eines Staats, des preußischen, fühlen und nicht, wie hier in diesem Hause, nach Konfessionen getrennt fühlen. (Bravo.) Deshalb beantrage er die einfache Tagesordnung.

Abg. Reichensperger (Köln): Er stimme mit dem Vorredner überein, daß die Schule in den Händen der Gemeinde liegen müsse und daß es wünschenswerth sei, wenn der Religionsunterricht vorzugsweise von Geistlichen erheitet würde; darin weiche er aber von ihm ab, daß die Elementarlehrer blos Unterricht in den sogenannten Realien geben sollten. Die Lehrer und namentlich die Elementarlehrer hätten nicht blos zu unterrichten, ihr Wissen auf die

Schüler zu übertragen, sondern auch auf die Erziehung einzutwirken, um so mehr als in tiefen Schichten die Kinder ihnen unvertraut wären. Bei der Erziehung sei das religiöse Moment aber nicht so untergeordnet, wie der Vorredner zu glauben scheine. Darum wolle er konfessionale Schulen und freue sich, daß die Staatsregierung derselben Ansicht sei. Die Religion sei die sicherste Grundlage für den Staat; wer religiös sei, erfülle am besten seine Pflichten gegen den Staat. Wenn Herr v. Binde in Parenthese die Frage aus der Elementarschule in die Kammer verlege, so müsse er (Redner) dagegen bemerken, daß in diesem Hause nur von Abstimmungen und Stimmen, nicht von Trennung in Konfessionen die Rede sei. So lange Herr v. Binde keine That-sachen für seine Behauptung beibringe, müsse er dieselbe als ungerechtfertigte Verdächtigung zurückziehen. (Lebhafte Bravo von den kath. Bänken.)

Präsident Graf Schwerin ist wiederholt, sich an die vorliegende Petition zu halten und die Diskussion nicht fortzusetzen.

Abg. v. Binde: Daß er den religiösen Unterricht hoch stelle, beweise sein Wunsch, daß der selbe von Geistlichen erheitet werden möchte. Was die „Berücksichtigung“ betreffe, so hätte der Vorredner besser gehan, weniger Gefühle anzuwenden. That-sache sei, daß die Fraktion des Centrums, in Parenthese „kath. Fraktion“, nur aus Katholiken besteht.

Kultusminister v. Bethmann-Hollweg erklärt, aus den von ihm entwidesten Gründen sei die Regierung für die einfache Tagesordnung. Nachdem zum Schluß Dr. Egstein (an Stelle des Refer. Dr. Holzer) das Wort genommen, wird die einfache Tagesordnung mit großer Mehrheit angenommen. — Dagegen stimmt nur die „Fraktion des Centrums“ (Reichsberger).

Eine Anzahl Einwohner der Kolonie Dirschauer Wiesen petitionieren um Errichtung einer eigenen Schule; von der Regierung in Danzig sind sie mit diesem Gedanke abgewiesen; die Kommission beantragt Überweisung an die Regierung zur Berücksichtigung.

Abg. Mettenmeyer: Die Regierung habe früher selbst die Notwendigkeit der Errichtung der betreffenden Schule anerkannt, ja im Jahre 1854 den Bau derselben anzufangen befohlen; um so auffallender, daß nun in dem Bescheide vom November vor. S. diese Notwendigkeit in Abrede gestellt werde; die Errichtung der Schule sei aber nothwendig, da der Weg nach Dirschau, wo die Kinder aus der Kolonie jetzt zur Schule gehen müssten, sehr schlecht und manchmal lebensgefährlich sei, da ferner die Schule in Dirschau so überfüllt sei, daß 180 und mehr Kinder in derselben Klasse sitzen; der Lehrer könnte da höchstens die Ruhe aufrecht halten, an eigentlichen Unterricht sei nicht zu denken. Wenn die Kinder nun den weiten Weg zurückgelegt hätten, müssten sie noch 3—4 Stunden sitzen, und dann, da ein Unterricht nicht möglich ist, so gehen sie nach Hause, wie sie gekommen sind (Heiterkeit). Nicht bloß in Dirschauer Wiesen muß eine neue Schule errichtet, sondern an der Schule in Dirschau selbst müssen noch zwei Elementarlehrer angestellt werden; der Magistrat in Dirschau meint aber, dazu gehört Geld; ich habe darauf erwidert: „In Dirschau sind fünf Polizeidienner; wenn man dafür, wie es früher in Dirschau war und wie es noch jetzt in Marienburg und in der Kreisstadt Stargard ist, nur einen anstellt, so wird man leicht noch zwei Lehrer mehrstellen können; und wenn tatsächlich Lehrer da sind, so werden auch nicht so viel Polizeidienner nötig sein.“ (Heiterkeit.) Es bat auch nichts genutzt, daß der Hr. Landrat und der Hr. Bürgermeister sich den Platz, wo die Schule gebaut werden soll, bereits angesehen haben; denn der Hr. Landrat ist sehr kurzfristig (Große Heiterkeit); ich bin ihm oft begegnet und er hätte mich auch leben müssen; ich habe ihn auch gegrüßt, aber er hat mich nicht wiedergrüßt (Große Heiterkeit), obgleich ich doch ziemlich sichtbar bin (Heiterkeit).“

Der Kultusminister: Vielleicht kürzt es die Diskussion ab, wenn die Regierung erklärt, daß sie dem Kommissions-Antrage nicht entgegentritt; wenn nämlich derselbe ja aufgeworfen wird, daß die Regierung den Gegenstand einer neuen thätsächlichen Prüfung unterziehen solle; die Regierung wird sich einer solchen Prüfung nicht entziehen und danach weiter verfahren. — Der Kommissions-Antrag wird angenommen.

Die Kommission haben fernerhin drei Petitionen 1) von dem Schul-Inspektor der Stadt Anklam Dr. Schade, 2) von 3 Lehrern in Nogasen, 3) von 11 Lehrern der städtischen Schulen in Brandenburg vorgelegen, welche die Verbesserung der Gehälter städtischer Elementarlehrer betreffen und darauf bezügliche Bitten enthalten. Die Kommission beantragt: das Haus wolle „in Berücksichtigung, daß nach den Erklärungen des Regierungs-Kommissars, der Unterrichtsminister bereits in Erwägung genommen hat, ob und inwieweit die das Schulwesen, namentlich die die äußeren Verhältnisse der Schule betreffenden Artikel der Versetzung in Ausführung gebracht werden können, und in der Lage zu sein seien, den Erfolg seiner Erwägungen dem Hause in der nächsten Session mittheilen zu können; und in der Erwartung, daß die Staatsregierung fortgesetzt sich angelegen sein lassen werde, den städtischen Elementarlehrern ein den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen zu verschaffen“, über die 3 Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Binde (Hagen) beantragt eine motivierte Tagesordnung, nach welcher das erste Alinea des Kommissions-Antrages wegbleiben soll.

Der Kultusminister: Die Frage sei schwierig, da es nicht blos auf das Wie, sondern auf die Feststellung der Punkte ankomme, bei denen, ohne der freien Entwicklung Hemmnisse entgegenzusetzen, eine gesetzliche Ordnung Bedürfnis ist. In den wenigen Monaten, welche seitdem er die Geschäfte übernommen, vertritten, habe natürlich eine Gewissheit in dieser wichtigen Frage noch nicht erlangt werden können; jedenfalls bedürfe die Frage einer gesetzlichen Regelung; der Minister hoffe in der nächsten Session dem Hause nähere Mittheilungen über den Gegenstand machen zu können.

Abg. Dr. Weit für den Kommissions-Antrag: Man möge namentlich auch in einem zukünftigen Unterrichtsgesetz derjenigen Privatlehrer hier in Berlin nicht vergessen, in deren Anstalten arme Kinder auf Kosten der Kommune un-

terrichtet werden, die somit nur Lückenbüsser für mangelnde Kommunalschulen seien. Es sei Prinzip, daß niemand als Kommunal-Lehrer angestellt wird, bevor er nicht an einer solchen Privatschule eine Zeit lang thätig gewesen sei; wobei also als Kommunal-Lehrer hier in Berlin angestellt werde, sei schon 10, 12, 15 Jahre an einer solchen Privatschule Lehrer gewesen. Er habe anfangs einen Verbesserungsantrag stellen wollen, dies aber unterlassen, weil er hoffe, der Kultusminister, der ein so warmes Herz für die Lehrer in seine hohe Stellung mitgebracht habe, werde bei dem Entwurf eines Unterrichtsgesetzes auch diefe Privatelehrer berücksichtigen.

Abg. Harkort: Unsere Volksschulen leiden an großen Mängeln, und doch beruht auf ihnen ein großer Theil der Bildung unserer Nation. Diejenigen, welche andere Unterrichts-Anstalten besuchen, sind nur ein Drittel des Volks; 4300 besuchten Universitäten, 37.000 Gymnasien, 17.000 Realschulen, 1200 Gewerbeschulen. Der Mangel an guten Volksschulern wird wesentlich durch die leibliche Not der Lehrer verursacht. So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Über die Art, wie zu helfen ist, sage ich nichts; doch weise ich namentlich auf die düstere Wittwen-Pension von 8 bis 30 Thlr. jährlich und auf die Pensionen der Lehrer von 50 Thlr. hin.

Abg. Schallehn: Die Stellung der Lehrer möchte ich der Theilnahme des Hauses vor Allem empfehlen. Um ihre Familien ernähren zu können, müssen sie eine Masse Stunden geben; dabei verlieren sie alle Freude an ihrem Beruf. Auf die Pensionserhöhung ist schon hingewiesen; die bedrangte Lage treffend zu schilbert, in der sich die Leute befinden, denen die Erziehung der Jugend unvertraut ist, darin schwer sein; ich möchte Ihnen aber mit der Kommission diese Lage dringend ans Herz legen und Sie bitten, durch Ihren Beschluß zu zeigen, daß Sie einen Blick für die Not der Lehrer, ein Herz für Ihre Bedrängnis haben.

Abg. Diestweg, bei vorgerückter Zeit, unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses und seines Organs wegen schwer verständlich, für den Kommissions-Antrag: Er glaube das Haus zu beleidigen, wenn er auseinanderziehen wollte, daß die Lehrer mit einem Gehalt unter 100 Thlr. nicht auskommen können; die Normierung der Lehrergehälter datire aus 1801; der Maßstab von damals passe gewiß nicht mehr; im Verlauf der letzten sechs Jahre seien von Seiten der Gemeinden 400.000 Thlr. jährlich auf Verbesserung der Lehrergehälter verwandt worden; so groß die Summe scheine, so klein sei sie, wenn man bedenke, wie wenig davon auf jeden einzelnen der 35.000 Lehrer kommt.

Abg. v. Binde (Hagen) für sein Amendment. Es hieße, den Standpunkt der Frage verrücken, wenn man die im Budget für die Gehälter der Subalternbeamten ausgeworfenen Millionen mit den auf die Verbesserung der Lehrergehälter verwandten Summe zusammenstelle; die Befordlung der Lehrer sei nicht Sache des Staatssekretärs, sondern der Gemeinden, und die zum Budget aufgenommene Summe sei nur bestimmt, arme Gemeinden bei der Befordlung der Lehrer zu unterstützen. — Das Binde'sche Amendment wird mit sehr großer Majorität angenommen, auch die Minister stimmen dafür.

Über zwei Petitionen ähnlichen Inhalts wird dem Antrage der Commission gemäß zur Tagesordnung übergegangen; bei einer derselben, von 20 Elementarlehrern des miloslawer Delanats im Kreise Wreschen, bemerkt der Abgeordnete Dr. v. Niegolewski: Die Not der Lehrer sei im Großherzogthum Posen eben so groß, wie in den anderen Provinzen; das Bestreben der Staatsregierung, den Lehrern zu helfen, müsse mit Dank anerkannt werden; es sei aber traurig, daß die zu so edlem Zweck bestimmten Hände gemäßbraucht, zur Versteckung von Beamten verwandt werden. (Oho!) Der Regierungspräsident v. Münch in Posen habe nach den Wahlen eine Verfügung erlassen, wonach diejenigen Elementarlehrer, welche für die polnischen Kandidaten bestimmt hätten, nicht ohne weiteres Unterstützungen erhalten sollten. Wenn das Ertheilen von Unterstützungen nur nach der Tüchtigkeit und dem Fleiß der Lehrer zu bemessen sei, so sei es nicht in der Ordnung, Lehrer dafür zu bestrafen, daß sie, im Vertrauen auf die Rechte des Ministers des Innern, ihre Stimmen nach ihrer Überzeugung abgegeben hätten. — Der Präsident rügt den Ausdruck „Bestechung“.

Zum Schlusßtheil der Präsident mit, er habe in Gemeinschaft mit dem Präsidenten des Herrenhauses ein parlamentarisches Handbuch ausarbeiten lassen, welches die Verfassungslurde und die darauf bezüglichen Gesetze enthalte; die Kosten dafür seien aus dem Bibliotheksfonds beider Häuser entnommen, und jedem Abgeordneten werde ein Exemplar zugestellt werden.

Schluss der Sitzung 3½ Uhr. Die Sonnabend-Sitzung fällt aus Rücksicht auf die Commissionsarbeiten aus; nächste Sitzung Montag.

Von der Petitions-Commission des Hauses der Abgeordneten ist der siebente Bericht eröffnet. Eine Beschwerde der deutsch-königlichen Kreisstände will Rückverlegung der Landwehr-Control-Versammlungen von den Wochentagen auf den Sonntag, unbeschränkte Briefausgabe an Sonntagen, Gestattung ländlicher Arbeiten an Sonn- und Feiertagen. Das erste Petition beantragt die Commission an das Staatsministerium zur Berücksichtigung zu überweisen: beim zweiten Punkte wird mit 12 gegen 10 Stimmen Tagesordnung beantragt, nachdem der Vertreter des Handelsministeriums sich im Interesse der Sonntagsfeier und der Erleichterung des Dienstes der Beamten für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Anordnungen ausgesprochen hat. Das dritte Petition hat das Haus bereits früher bei ähnlicher Gelegenheit abgelehnt, und die Commission beantragt daher Tagesordnung. — Eben so will die Commission Tagesordnung bei mehreren Petitionen über die Sonntagsfeier aus Essen, Budau, Nordhausen, Koblenz und Bonn mit Rücksicht auf den bereits unter dem 28. Februar gefaßten Beschluß und im Anschluß an die damaligen Motive. — Über eine von Wählern aus Budau eingegangene Petition um geheimen Abstimmung bei den Wahlen beantragt die Commission Tagesordnung mit Rücksicht auf die vom Minister des Innern am 26. Februar gegebene Zusage einer Revision des Wahlgesetzes und auf die an demselben Tage beschlossene motivierte Tagesordnung. —

Polizeiliches aus New-York. *)

Haben wir in früheren Artikeln das Sicherheitsgefühl der verbrechischen Banden dieser Stadt als den Hauptgrund ihrer immer wiederholten ruchlosen Thaten hingestellt, und haben wir dies Sicherheitsgefühl auf Garantien, welche das niedere Treiben der Politik leistet, gegründet, so liegt uns jetzt ein Beispiel vor, das diese verschiedenen Behaftungen in der überzeugendsten Weise unterstützt.

Einige Polizisten, welche an einem Abende voriger Woche die Hauptpulader der Stadt, den Broadway, patrouillierten, hörten Pistolenknüsse fallen, und rasch dem Orte zulaufend, woher der Schall gedrungen, finden sie mehrere Männer, die sich vor dem Wirthshause des bekannten Wm. Allen unter Lebensgefahr der Vorübergehenden im Schießen mit ihrer gewöhnlichen Taschenbatterie, dem Revolver, üben. Die Beamten, für diesmal der politischen Bedeutung des Wirthes, der in der letzten Campagne sein Haus zum Hauptquartier der Sickelsfraktion hingegessen, nicht eingedenkt, wagten leise Vorstellungen zu machen; der Bruder des Allen jedoch kümmerte sich nicht darum, und dreist bis in die Mitte des Broadway vortretend, entlud er noch einmal, den Polizisten zum Trost, seine Waffe, zu gleicher Zeit diese Demonstration mit einigen für die Beamten nicht eben schmeichelhaften Bemerkungen wützend. Das Blut der Schergen der Stadt geriet durch Pezteres natürlich mehr in Wallung, als durch die dem friedlichen Bürger drohende Gefahr. John Allen wurde am Kragen gefaßt, um ihn dem Stationshause zuzuführen. Kaum hatte man sich jedoch seiner versichert und ging, um das Gefängniß zu erreichen, an seines Bruders Hause vorbei, als Pezterer, den Revolver in der Faust, einen Ausfall auf den Feind wagte, diesen durch mehrere zweidienliche Hiebe in die Flucht schlug und den Gefangenen befreite. Dann wurde die Thür zugeworfen und John und William Allen waren in der Mitte ihrer Freunde.

So leicht war die Sache jedoch nicht abgethan. Die Polizisten, etwas verdutzt, hielten, dem Hause sich nähernd, eine Berathung. Als sie noch so dastanden, wurde abermals die Thür der Feste geöffnet. John Allen, mit einem neu geladenen Revolver versehen, erschien auf der Schwelle und, allen O'Flaherty's und O'Donohues fluchend, spie seine Batterie noch einmal einen Kugeltragen auf das berathende Paar hinab. Jetzt brach auch den schützenden Pezters die Geduld. Die Waffen werden gezogen, es blüht, es knallt, und John Allen, im Schenkel verwundet, zieht sich, vor Wuth schäumend, zurück. Vom Siegesgefühl durchdrungen, wollen jetzt die Polizisten ihren Triumph noch erhöhen. Sie pochen mit ihren Knütteln um Hilfe, und es erscheint ein Peloton der achten Ward, um den Kampf mit ihnen zu theilen. Man nähert sich der Festung und recognoscirt durch die halb offenen

Fensterladen das Terrain. Drinnen sieht es garstig aus. John Allen hat eine sible Wunde, aus der das Blut in Strömen fließt. Um ihn her schaaren sich ein Dutzend Gesellen, mit dem Revolver in der Hand, alle anscheinend höchst aufgeregt über die schändliche Gewaltthat, die ihrem Kameraden zugefügt. Man klopft, der ältere Allen sagt mit vielsagender Geberde, daß man wohl bereitkommen dürfe, jedoch dabei durchaus auf eigene Gefahr handle. Die Beschützer der Stadt hielten abermals Rath. Sie sahen die Revolver und die von Wein gerötheten, aufgerigten Gesichter. Die Pflicht spricht auf der einen, die Gefahr auf der andern Seite. Endlich, nachdem Alles erwogen, zieht die Polizei sich zurück und wartet mit weiteren Schritten, bis sich die Verhältnisse günstiger für sie gestalten.

Dies ist ein kurzer, aber wahrer Umriss des Sachverhaltes. Inmitten einer „christlichen“ Stadt, in einer ihrer belebtesten Arterien, innerhalb Pistolenknüppelweite von zwei Stationshäusern, an beiden Seiten begrenzt von den Wohnungen friedlicher Bürger und reichen Waarenlagnern, sehen wir eine förmliche Schlacht geliefert, in welcher eine handvoll rabiaten Wüstlinge den Sieg davonträgt, weil . . . die Sicherheitsbeamten sich vor ihnen fürchten. Aber weshalb diese Furcht? Weil die Polizei wußte, daß diese Wüstlinge den Vorwurf der Vertheilung bis auf das Neueste aussöhnen würden, und bei Allem, was aus dem Verlaufe des Handgemenges entstehen könnte, sie, die Polizei, dafür verantwortlich gehalten werden würde, statt daß die Gesetzesvertreter der Arm der Gerechtigkeit trafe. Wofür haben denn die Allens ihren „Einfuß“ und ihr Geld beuß der Erwähnung dieses oder jenes Richters, dieses Sheriffs, dieses Bundesrepräsentanten u. s. w. geopfert, wenn sie dafür nicht gewisse Privilegien beanspruchen dürfen, die minder hervorragenden Bürgern versagt sind? Weshalb stehen sie auf brüderlichem Fuße mit allen hohen Beamten, wenn sie dies gegenseitige freundshaftliche Gefühl nicht zu Zeiten, wo eine gerichtliche Drangsalzung nicht zu vermeiden ist, ausbeuten können? Wie könnte es ihnen eingesallen, in Primärwahlen Faust und Stimme geltend zu machen, und was sollte sie veranlassen, die Woche vor der Eröffnung des Stimmkastens „offen Haus“ zu halten, wenn ihnen nicht dafür carte blanche in der Wahl ihres Verufes, in der Führung ihres Geschäft

In der Miserstößen Angelegenheit liegt eine weitere Petition mit verschiedenen Anträgen vom Kirchen-Collegium in Schrimm vor, welches bei den Staatsanwälten und dem Justizminister bisher vergebens eingegangen ist. Den einen Antrag um Bestrafung des Landrats Fund wegen Missbrauchs der Amtsgewalt, gewaltsamer und widerrechtlicher Verlezung und Verstörung fremden Eigentums, so wie Profanierung eines geweihten Orts, beantragt die Commission mit 18 gegen 4 Stimmen, der Regierung zur Verübung zu überweisen. Bei den anderen Anträgen — auf Untersuchung gegen den Staatsanwalt Röhl wegen Hintansetzung aller schuldigen Achtung vor einer geistlichen Behörde, und auf Schutz des Eigentums und der den geistlichen Behörden schuldigen Achtung überhaupt gerichtet — empfiehlt die Commission Tagesordnung. — Zwei Petitionen wegen freier Religionsübung etc., von 243 Mitgliedern der deutsch-lutherischen Gemeinde in Danzig und 9 Mitgliedern der freien Gemeinde in Burg würden die Commission dem Ministerium zur Verübung zu überweisen; sie beantragt aber nach den in der Sitzung vom 28. Februar gegebenen Erklärungen der Minister des Cultus, der Justiz und des Innern, so wie nach dem damals gefassten Beschlusse des Hauses „über diese Petitionen als bereits erledigt zur Tagesordnung überzugeben“. — Die übrigen Petitionen betreffen nur persönliche Angelegenheiten.

L. C. C. Neunte Sitzung des Herrenhauses.

Beginn der Sitzung 12½ Uhr. Am Ministerium: Fürst Hohenzollern, v. Auerswald, Flotow, v. Schleinitz, v. Patow, v. Bonin, Graf Büdler. — In der Hofloge erschienen Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm und der Großherzog von Sachsen-Weimar, letzterer von einem Adjutanten begleitet. Die für das diplomatische Corps reservierte Loge ist vollständig gefüllt.

Der Präsident Prinz Hohenlohe lädt mehrere von dem Präsidenten des andern Hauses eingegangene Schreiben verlesen; die im Abgeordnetenhaus berathen und dem Herrenhause übermittelten Gesetz-Entwürfe werden den betreffenden Kommissionen überreichen. Für das Gesetz, betreffend die Verschaffung von Vorstuh in rheinischen Landesteilen etc., wird die Wahl einer besonderen Kommission beschlossen. — Eine aus Magdeburg eingegangene Petition, welche die Aufhebung der Elbzölle beantragt, war der Petitions-Kommission zugetheilt, aber auf den Wunsch des Hrn. Hasselbach, der eine besondere Kommission für einheitliche Anträge einsetzen möchte, an den Präsidenten zurückgelangt; dieser hält indes die Finanz-Kommission für kompetent und überweist derselben unter Zustimmung des Hauses die Petition.

Nach einigen einleitenden Worten des Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenzollern, die im Wesentlichen mit den im Abgeordnetenhaus gesprochenen übereinstimmen, machen die Minister v. Schleinitz und v. Patow Mittheilungen über die allgemeine politische Lage und das Friede-Ausführerverbot, welche mit dem im andern Hause gegebenen Erklärungen gleichlautend sind.

Präsident Prinz Hohenlohe: Die alte preußische Gesinnung hat sich von neuem bewährt; sie ist erstanden durch die väterliche Regierung und den ritterlichen Sinn der Hohenzollern. Ich dente, wir sprechen unser Vertrauen zu diesem Regentenhaus durch Aufstehen von den Szenen aus. (Die ganze Versammlung erhebt sich.)

Schluss der Sitzung 12½ Uhr: Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr.

L. C. C. Berlin, 9. März. Im Herrenhause ist der Bericht der eignen gewählten Kommission über den Antrag „der Herren Graf von Arnim und Uebrige“ wegen Wahrung der Rechte des Staatshauses erschienen. In der Sitzung der Kommission ist der Finanzminister selbst zugegen gewesen; auch die Präsidenten des Herrenhauses haben derselben beigewohnt. Bei der Berathung ist der Bildung eines Staatschäzes unter Friedrich Wilhelm I. gedacht worden; als Rechtsbasis des Antrags ist die Kabinettsordre vom 17. Januar 1820 aufgeführt, wonach der Staatschäz eine dauernde Institution sein, und demselben die Einnahme-Ueberschüsse des Vorjahres und die Uebernahmen der laufenden Verwaltung zugewiesen werden sollen. Daß das diesjährige Budget die Ueberschüsse zur Deckung der einmaligen außerordentlichen Ausgaben vermeiden will, bildet den Anlaß des Antrages, der statt dessen einen Nachtrag zum Budget behufs der Überweisung der Ueberschüsse an den Staatschäz und Zurückstellung der einmaligen Ausgaben bis zur betreffenden Höhe wünscht.

Aufer auf der Armee und wohlgeordneten Finanzen ruht (nach den Antragstellern) die Machtsstellung Preußens auf einem baaren Staatschäze. Von 1820 bis 1847 war ein bedeutender Staatschäz angehäuft; durch die Ereignisse des Jahres 1848 und während der Verwaltung des Herrn Finanzministers Hansemann ist derselbe leider grobtheils verausgabt worden. In den letzten Jahren hat man wieder angefangen, den Schäz zu vermehren. Die jetzt vorgeschlagene Verwendung ist Abweichung von der Praxis und der gesetzlichen Vorschrift jener Kabinettsordre; formell ist dieselbe nicht gerechtfertigt — bedarf vielmehr dazu eines neuen besondern Geheges, zu dem die Mitwirkung aller drei Faktoren der Gelegebung erforderlich ist; materiell nicht, weil man sich nicht der Hoffnung auf einen immerwährenden Frieden hingeben darf. Die Sache beim Budget abmachen, würde das Herrenhaus in seiner legislatorischen Besugniss beobachten, da dieses den Staat nur im Ganzen annehmen oder verwerfen kann; in materieller Beziehung würde die Verwendung jetzt vorhandener Mittel zu neuen Abgaben führen; die einmaligen Ausgaben, so nützlich sie sein mögen, sind doch nicht alle (z. B. die für die Marine) so nothwendig, um eine Vernachlässigung des Staatschäzes zu rechtfertigen.

Dieser sachlichen Begründung sind in dem Bericht noch einige Verwahrungen hinzugesetzt, wesentlich folgenden Inhalts: es kann dem Herrenhause nicht verdacht werden, daß es seine verfassungsmäßige Stellung zu behaupten sucht; auf der andern Seite erhält es nur seine ihm stets im Gedächtnis gebliebene Pflicht, wenn es das Interesse der Unterthanen und der Steuerbaren, welche

es mit zu vertreten hat, wahnimmt. Dies allein sei die Absicht und Tendenz des Antrags, andere Zwecke liegen nicht in der Sache noch in den Worten. Das Herrenhaus hat bisher nie persönliche, nur fachliche Politik getrieben, es hat, ohne Ansehen der betheiligten Minister, die Mischsteuer und die Zudersteuer erhöht, dagegen die Erhöhung der Salz- und Gewerbesteuer abgelehnt, weil letzteres so seiner Überzeugung entsprach; am allerwenigsten hat es je seine Absichten und Wünsche verdeckt vorgetragen; sondern stets das, was es für recht und gut und dem Lande nützlich hielt, offen und bestimmt ausgesprochen, wie dies seiner Stellung geziemt, und auch in diesem Falle geschehen ist. Eine Erinnerung daran, daß der ewige Friede noch nicht gesichert ist, wird gewiß nicht als ein bedenkliches und gewagtes Eingreifen in die auswärtigen Verhältnisse angesehen werden können, über welche sich das Herrenhaus immer nur mit grösster Vorsicht gekümmert hat, ungeachtet es sich seiner verfassungsmäßigen Besugniss nöthigfalls auch hierüber seine Ansicht auszusprechen, wohl bewußt ist.

— Der Finanzminister hat erklärt, die Kabinettsordre vom 17. Jan. 1820 sei als ein für Federmann bindendes Gesetz nicht zu betrachten, sondern enthalte nur Anweisungen für die Minister, von welchen diese nicht ohne allerhöchste Genehmigung abweichen dürfen, deren nähere Handhabung aber auch nur dieses unterliege, und nicht durch besondere Gesetze geregelt zu werden brauche. Soweit die Landesvertretung dabei eine Mitwirkung beanspruchen könnte, erfolge diese eben durch das Budget. Formell sei also die Sache ganz in der Ordnung, aber auch materiell: die Regierung habe die Zeitverhältnisse durchaus erworben; im Falle äußerer Gefahr werde die Regierung das ganze außerordentliche Budget so viel thunlich den Kriegszwecken zuwenden, also nicht blos die „eine“, zu den einmaligen Ausgaben bestimmte, sondern annähernd „acht“ Millionen. Die Regierung könne nur wünschen, daß dem Antrage keine weitere Folge gegeben werde. — In der Kommission hat sich diese Aufsicht nur einen kleinen Anhang zu verschaffen vermögt. Die Antragsteller haben als unzweifelhaft festgehalten, daß jede durch die Gesetzesammlung publizierte Anordnung, auch nach Ansicht der Gerichte und nach allgemein anerkannter Praxis, Gesetzeskraft habe, und für alle Untertanen Pflichten oder Rechte begründe, und nicht blos für die Beamten, an welche sie ergangen, oder für welche sie Vorschriften enthalte. Auch sei daher die Gefechtskraft der publizirten allerhöchsten Ordre vom 17. Januar 1820, welche den Schäz als dauernde Institution begründet, unbeweisbar, und wenn von derselben abgewichen werden sollte, so könne dies nur im gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung, durch die gleichmäßige Theilnahme aller drei legislatorischen Gewalten geschehen. Ebenso bleiben die Antragsteller materiell bei ihrer Aufsicht; der Antrag habe nicht allein die augenblickliche Kriegsgefahr, sondern das Aufsammeln eines Schäzes für die Zukunft und für nähere oder entfernte Gefahr im Auge. — Eine Verständigung mit der Regierung wurde also vergeblich versucht, und die Annahme des Antrags ist mit 10 gegen 4 Stimmen erfolgt. Das Herrenhaus soll also die Regierung erfordern, daß sie in reisliche Erwähnung nehme, ob es nicht unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen notwendig sein möchte, zu dem Budget einen Nachtrag einzubringen, nach welchem die Ueberschüsse der Jahre 1856 und 1857 in den Staatschäz gelegt, und die darauf im Budget jetzt angemessenen einmaligen Ausgaben insoweit für dieses Jahr noch zurückgestellt werden.

Bur Verhandlung über den Diebstahl des Schlossdiener Rudolph an dem von der Stadt Köln geschenkten silbernen Taselauffaß, steht am 15. März, 9½ Uhr, vor der dritten Strafdeputation des Stadtgerichts Termin an. Hauptangeklagte sind: der Schlossdiener Rudolph und der Silberarbeiter Bartel wegen schweren Diebstahls. Complicen und wegen einfacher Hehlerei angeklagt sind: die Uhrmacher Walther'schen Chelente, die Schwester der verehelichten Walther, Witwe Lazarusohn und die beiden Gold- und Silberarbeiter Hirsch Walther und Theodor Lautenhahn. — Die Anklageschrift ist zehn Bogen stark.

Deutschland.

Biebrich, 7. März. [Werbebüro.] Seit Kurzem ist ein holländisches Werbebüro hier eingerichtet. Das Personal besteht aus einem Stabsoffizier, einem Arzte und einem Sergeanten. Das Geschäft soll gut gehen. (Mittelb. 3.)

Frankfurt a. M., 7. März. Mehrere deutsche Regierungen, und zwar nicht allem Süddeutsche, haben hier in den letzten Tagen bedeutende Ankäufe an Blei realisiert, und sollen namentlich einige jüdische Häuser ein hübsches Geschäft in dem Artikel gemacht haben.

Hannover, 6. März. Ein Erlass des Kriegsministeriums verordnet, daß in diesem Jahre die Ausgedienten bis zur Einstellung der Rekruten zunächst noch nicht zu entlassen seien.

Österreich.

Wien, 7. März. [Diplomatie.] — Frhr. v. Augustin. Seit Kurzem ist ein Soiree bei dem Grafen Buol am Sonnabend war eine der interessantesten der Saison. Die Masse der Gäste war so groß, daß man höchststark nur mit Schwierigkeit vorwärts gehen konnte. Alles wollte über den Eindruck sich aufklären, den die „Moniteur“-Note hervorbrachte, und Ansichten und Meinungen austauschen. Der vollständige Text der Note war erst um 9 Uhr Abends eingetroffen, so daß viele der Anwesenden sie nur in den alleräußersten Umrissen kenneten. Gestern fand zu Ehren Lord Cowley's ein großes diplomatisches

Mögen sich nun die Pariser irren oder nicht, gewiß ist, daß sie seit dem in jeder Beziehung merkwürdigen „Moniteur“-Artikel von vorgestern alle Sorgen abgewälzt haben. Man sieht es ihnen an, es steht ihnen auf den Gesichtern geschrieben, daß sie an der Erhaltung des Friedens nicht im Entferntesten mehr zweifeln wollen. Es ist allerdings bedeutsam, und sollte vielleicht ein sinnreicher Kommentar des „Moniteur“-Artikels sein, daß am Sonnabend auf dem Balle des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten der erste österreichische und der erste sardinische Gesandtschafts-Sekretär im herzlichsten Einvernehmen gemeinschaftlich den Cotillon aufführten, und es ist auch wohl kein bloßer Zufall, daß Lombard heute dem sardinischen Gesandten Marquis v. Villamarina seine Aufwartung mache, und daß morgen Turin dem österreichischen Botschafter Baron v. Hübler einen Besuch abstatten wird. Heute ist auch dem Streite zwischen den mailändischen und den wienerischen Erben der Prinzessin Bagration ein Ende gemacht worden. Der Appellhof hat den Letzteren Recht gegeben und die Grafen v. Litta zu den Kosten verurtheilt. Heute Abend großer „excentrischer“ Ball der „Jeunesse dorée“ in dem großen Saale der früheren provengaux, und in der großen Oper „bal de dominos.“ Für die Damen ist der schwarze Domino, für die Herren der Frack und die weiße Halsbinde „deriguer.“ Es wird nicht getanzt auf diesen Bällen, aber man sieht das corps de ballet tanzen. (N. Pr. 3.)

Im Jahre 1618, am 4. September, wurde der reiche Flecken Plurs (Piuro) in dem graubündnerischen Unterlande Cleven (Chiavenna) von einer furchtbaren Naturbegebenheit heimgesucht. Auf der Südseite des Dries erhebt sich der quellenreiche Monte Conto. Unhaltende Regenfälle im Herbst jenes Jahres erweichten die unteren Schichten des Bergabhangs; am 4. September Nachmittags setzte sich der obere Theil in Bewegung. Trox öfters vorausgegangener kleinerer Stürze und der Warnungen einiger benachbarten Landleute blieben die Bewohner förglos. In der Nacht erfolgte plötzlich der Sturz einer ungeheuren Masse, der den Flecken, 2430 Menschen und ein benachbartes Dorf unter mehr als 100 Fuß hohem Schutt begrub. Nur drei zufällig weggegangene Personen entgingen dem Verderben; denn auch die an diesem Abend von der Messe von Bergamo zurückkehrenden Kaufleute wurden nahe an dem Flecken von demselben ereilt. So hoch lag der Bergsturz auf dem Flecken, daß alle Ausgrabungsversuche fruchtlos blieben. Die gegenwärtige Generation sucht nun die vergraben Schäfte wieder ans Tageslicht zu ziehen. Plurs hatte einen lebhaften und ausgebreiteten Handelsverkehr gehabt, und die Geschichtsbücher jener Zeit machen glänzende Beschreibungen von dessen Pracht und Reichthum. Anfangs dieses Winters vereinigten sich eine Anzahl Bewohner der Umgegend von Plurs (ein Dörfchen dieses Namens liegt in der Nähe der Unglücksstätte), um wo möglich die vermuteten Schäfte zu heben.

Am 2. März starb in seiner Vaterstadt Sondershausen der bekannte geographische Schriftsteller Cannabich nach einem kurzen und schmerzlosen Krankenlager in einem Alter von 82 Jahren.

In der Kohlengrube Esperance zu Montegue in Belgien wurden am 2. März in Folge der bei Gelegenheit einer Pulver-Sprengung entzündeten Gase von den 60 in der Grube beschäftigten Arbeitern 17 mehr oder minder stark verbrannt, 7 sehr gefährlich; einer starb bereits Abends.

Wien, 7. März. Lord Cowley erwartet morgen das Eintreffen neuer Instruktionen, welche ihm telegraphisch von London avisirt wurden, und nach deren Eintreffen der britische Diplomat höchstens noch auf zwei Tage seinen Aufenthalt hier ausdehnen wird. Über die seitens zwischen Lord Cowley und dem wienerischen Kabinett stattgefundenen Verhandlungen erfahre ich, daß in der Zwischenzeit, innerhalb welcher der britische Gesandte die neuen Weisungen seines Kabinetts erwartet, weniger die italienischen als die Donaufürstenthümer-Angelegenheiten den Gegenstand der täglich fortgesetzten Berathungen gebildet haben. Es soll, wie mir berichtet wird, über die Cousa-Affäre zwischen Österreich, England und Preußen ein vollständiges Einvernehmen erzielt und zu erwarten sein, daß sämtliche so eben genannte Großmächte mit Einigkeit auf der eventuellen pariser Konferenz gegen die Anerkennung der Doppelwahl des Obersten Cousa sowohl als auch gegen den in Aussicht gestellten Antrag auf Modifizierung des den Donaufürstenthümern octropierten Status zu Gunsten der Union Front machen werden. — Bezuglich der italienischen Frage habe ich heute nichts anderes zu melden, als daß der neueste „Moniteur“-Artikel mit seinem mehr als räthselhaften Charakter wohl unsern Geld- und Papiermarkt auffallend günstig berührt, dagegen in den gubernementalen Kreisen eine äußerst gleichgültige Aufnahme gefunden hat. Das Vertrauen in die Aufrichtigkeit des dermaligen französischen Gouvernements hat einen zu gewaltigen Stoß erlitten, als daß ein solches plötzliches Komödienpiel, wie es der letzte „Moniteur“-Artikel bietet, eine günstigere Meinung über die Tendenzen der französischen Politik zu erzeugen geeignet sein sollte. Die Rüstungen nehmen ihren ungehörten Fortgang bei uns, und erst heute sind zahlreiche congrev'sche Raketenbatterien mit den entsprechenden Bedienungsmannschaften des Rakete-Regiments auf der Südbahn nach Italien befördert worden. Wie ich höre, soll auch an den hiesigen Magistrat eine Weisung erteilt werden, um für größere Truppeneinquartirungen bereit zu sein. (D. A. 3.)

Italien.

Rom, 26. Februar. Hatten wir in den legtvorausgegangenen Tagen die Schwelle des Frühlings überschritten, so finden wir uns seit vorgestern plötzlich wieder wie mitten im Winter. Daher noch einmal harter Frost in den Straßen, lange Eiszäpfen an den Brunnern, viel Schnee auf den Apenninen, zur Verwunderung der Fremden, die den gefährlichen schnellen Wechsel dieses Klima's nicht aus Erfahrung kennen. Wenn der Rückschlag so plötzlicher Veränderungen der Temperatur auf das Befinden des Königs von Preußen keinen nachteiligen Einfluß zu äußern vermöchte, so ist das wohl ein neues gutes Zeichen. Vielleicht sehen beide Majestäten ihre Besuche der Sehens- und Merkwürdigkeiten täglich unausgesetzt fort. Sie richten dieselben zu wiedervoltuinen nach dem Vatican, um dessen einzelne Theile näher kennenzulernen. Länger verweilten sie in der Kapelle Nikolaus V., bewunderten Raffael's Fresken in den Loggien und Ständen, und machten einen Spaziergang durch die schönen vaticanischen Gartenanlagen mit den auf jedem Schritt wechselnden malerischen Fernsichten. Zum Besuch Ihrer Majestäten auf der Peterskuppel, muß ich noch einer denselben seitens des Domkapitels gewordenen Aufmerksamkeit gedenken. Der König stieg nur bis zum platten Dach der Basilika auf, während die Königin, vom Monsignore Giraud (Economio della reverenda fabbrica di San Pietro) begleitet, bis zum Lanternone der Kuppel kam. Bei der Rückkehr waren für Ihre Majestäten unter dem auf der Höhe von Gregor XVI. erbauten kleinen Pavillon Erfrischungen aufgetragen, die sie unter heiteren Gesprächen einnahmen. (A. 3.)

Aus Florenz vom 4. März wird dem „Nord“ geschrieben: „Aus guter Quelle erfahre ich, daß die Krankheit des Königs von Neapel besonders in einem Nervenparoxysmus besteht, der sich täglich zweimal einstellt; die Krankheit ist, wie mir versichert wird, tödlich.“

Man leitete ein Stück weit die Maira ab und begann dann im trocken gelegten Bett zu graben. Sie fanden einige Fuß unter der Erde Balm, Mauern, eine Glocke, ein großes silbernes Kreuz u. a. m. Die Glocke, 27 Zoll hoch und 33 im Durchmesser, trägt eine Umschrift mit der Jahreszahl 1597, Brustbild von Heiligen etc., ein Basrelief, Christus am Kreuze mit dem heiligen Johannes zur einen, Maria zur andern Seite. Ihr Ton ist ausgezeichnet hell und wohlklingend. Bei Grabung des Kanals zur Ableitung der Maira kam auch eine mit großen Steinen gepflasterte Straße zum Vorschein, deren Richtung schräg zum Thal läuft, — ohne Zweifel Reste der alten Straße, welche schon zur Römerzeit vom Komsersee über den Septimer nach Curia (Chur) führte, und auf der auch deutsche Heere manchmal nach Italien zogen. Der alte Hauptweg des Septimer ist erst durch die neuen Straßen über den Bernhardin und Splügen ganz in den Hintergrund getreten.

[Die Bauernregeln für den März] lauten: Wie das Wetter auf 40 Ritter (10. März) ist, so bleibt es 40 Tage lang. — Gertraud (17.) thaut die Erde von unten auf. — Ist's am Josephitag (19.) klar, so folgt ein fruchtbares Jahr. — Ist am Ruprecht (27.) der Himmel rein, so wird er's auch im Juli sein. — März nicht zu trocken und nicht zu naß, füllt dem Bauer die Kisten und Fässer. — Ein Lotz Märzenstaub ist einen Dufaten wert. (Eben so sagt der reiche Engländer: „Ein Scheffel Märzenstaub ist mehr wert, als eines Königs Lösegeld.“) — So viel im März Nebel steigen, so viel im Sommer sich Wetter zeigen. — Märzen-Ferkel, Märzen-Fohlen, alle Bauern haben wollen. — Zu Anfang oder zu End' der März seine Gäste sendt. Eben so: März kriegt ole Lyde by'm Sterz. — Was der März nicht will, holt sich der April. — Um schließlich auch dem Franzmann, nachdem wir den Engländer über die europäische Witterung gehört haben, das Wort zu gönnen, siehe hier sein Spruch:

Mars venteux, Avril pluvieux,
Font le May gai et gracieux.

Und so zuverlässig wie der „Moniteur“, wird wohl dieser Wetter-Anzeiger auch sein.

In der Kohlengrube Esperance zu Montegue in Belgien wurden am 2. März in Folge der bei Gelegenheit einer Pulver-Sprengung entzündeten Gase von den 60 in der Grube beschäftigten Arbeitern 17 mehr oder minder stark verbrannt, 7 sehr gefährlich; einer starb bereits Abends.

In der Kohlengrube Esperance zu Montegue in Belgien wurden am 2. März in Folge der bei Gelegenheit einer Pulver-Sprengung entzündeten Gase von den 60 in der Grube beschäftigten Arbeitern 17 mehr oder minder stark verbrannt, 7 sehr gefährlich; einer starb bereits Abends.

Frankreich.

Paris, 7. März. Es ist bemerkenswerth, daß nun auch der „Moniteur“ den Brief von Sir Francis Head, sowie die Antwort des Kaisers mittheilt. Es ist dies eine Ergänzung des Moniteurartikels. Was die Verbündung des Auslandes betrifft, so bringt heute der „Constitutionnel“ eine angebliche Mittheilung aus Rheinbaiern, welche für sonstige Verkennung trocken muß. Dieselbe lautet wörtlich: „Am 14. Februar repräsentirten sich 6 bairische Deserteure, Tambours in einem Regemente, vor dem Kommandanten von Lauterburg, der sie nach Straßburg sandte. Am 16. oder 17. wollte der Kommandant von Landau die Deserteure aufhalten, und ließ die Thore der Stadt schließen. 250 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten begaben sich sofort zu denselben, indem sie ihm erklärten, daß er durch solche Mittel das Deserteure nicht verhindern könnte; sie zogen sich hierauf zurück, indem sie riefen: „Vive Napoléon! Vive la France!“ Am 20. sollen Soldaten der Garnison von Germersheim in einer Bierbrauerei die nämlichen Rufe ausgestoßen haben. Am 21. sind vier neue bairische Deserteure in Weisenburg angelangt; sie verlangten, nach Straßburg gesandt zu werden, da sie um keinen Preis nach Hause zurückkehren wollten. Sie sagten hinzu, daß, wenn Frankreich sie anwürfe, ihnen mehr als 200 ihrer Kameraden folgen würden. Seit dem 15. Febr. sind ungefähr 30 Deserteure durch Selz gekommen, um sich nach Straßburg zu begeben. In Landau sagt man ganz offen, daß, wenn die bairische Regierung darauf besteht, Österreich beizustehen, ihre Soldaten in großer Zahl desertieren werden.“ — Die Antwort aus Baiern wird wohl nicht lange warten lassen. Jedenfalls ist es eine seltsame Taktik, hier seit länger als 2 Monaten die deutschen Zeitungen in unerhörtem Maße konfiszieren zu lassen, wie dies noch fortwährend Tag für Tag geschieht, und sich bitter über die Aufregung jenseits des Rheins zu beklagen, gleichzeitig aber in ein offizielles Blatt Nachrichten zu sezen, nach welchen die deutschen Heere lediglich für die Helena-Medaille schwärmen. Was würde die französische Armee sagen, wenn man ihr in Deutschland eine solche Niederträchtigkeit nachsagen würde?

Graf Walewski hat vorgestern Abend einen Kabinets-Courier nach Turin mit Depeschen für den Fürsten Latour d'Auvergne abgeschickt. — Herr Gladstone ist auf dem Rückwege von den ionischen Inseln durch Paris gekommen. — Im Namen der französischen Regierung nahm Graf Kerreguen, als Kommissar-Stellvertreter der Regierung, an Bord des Handelsschiffes „L'Amiral“, Besitz von der Guano-Insel Clipperton, welche im stillen Ozean, 600 Seemeilen von der merikanischen Küste, liegt. — In der letzten Sonntags-Messe in der Tuilerien-Kapelle, wurde unter Direktion des Herrn Aubert ein Werk Rossinis aufgeführt, ein „Ave Maria“, welches der berühmte Maestro jüngst komponierte, und der Kaiserin widmete.

Großbritannien.

London, 5. März. Seit 10 Jahren und länger wird jedes Jahr im Parlament der Antrag auf Einführung des Ballots, der geheimen Abstimmung bei den Wahlen eingebraucht. Noch ging er nicht durch; wie er aber selbst in diesem aristokratischen Lande Anhänger gewinnt, beweisen die 86 Stimmen, die 1848, dann die 172, welche 1853 und die 222, welche 1858 dafür waren.

London, 7. März. [Vom Hofe. — Diplomatie.] Bei Hofe war vorgestern große Tafel, die Taufe des königl. Entels zu feiern. Anwesend waren die Mitglieder der königl. Familien, der preußische und belgische Gesandte mit ihren Gemahlinnen, die Grafen Brandenburg und Blücher und Lord Clarendon und Gemahlin. — Mr. Hughes, britischer Konsul in Erzerum, ist zum orientalischen Sekretär der Gesandtschaft in Konstantinopel ernannt worden. Sein Nachfolger wird Mr. Robert Dalzell, der während Mr. Bonaplanque's Abwesenheit das belgrader Konsulat verwaltet hatte. — Der zum englischen Gesandten in China ernannte Hon. Fred. Bruce ist vorgestern nach Alexandria abgereist, um sich auf seinen Posten zu begeben. — Mr. Gladstone, der außerordentliche Kommissar für die ionischen Inseln, wird vielleicht schon heute Abend im Parlamente erscheinen. Er soll im Laufe des Tages aus Paris eintreffen.

London, 7. März. Der vorigestrige „Moniteur“-Artikel beschäftigt alle Welt. Auf die Organe der öffentlichen Meinung hat er keinen so günstigen Eindruck hervorgebracht wie auf die Börse und andere einflussreiche Kreise. Die Antwort der „Times“ auf die Beleidigungen des „Moniteur“ lautet in gedrängtem Auszuge: Gleich dem heidnischen Jupiter, der manchmal die Himmel mit furchtbaren Sturmwinden bedeckte, die er, derselbe Jupiter, ein andermal mit eben so großer Geschwindigkeit wieder verscheuchte, geruht der Kaiser Napoleon, nachdem er uns so lange mit Gerüchten von heranziehendem Kriege erschreckt hat, uns jetzt wieder mit Tönen voll Frieden und Sicherheit einzulullen. Aber wenn ein paar Worte so leicht eine Welt beruhigen können, wie Schade, daß sie so lang auf sich warten ließen. Oft gesagt, handgreifliche Späße machen uns keinen Spaß, einen ganzen Kontinent zum Besten zu haben, das ist ein Scherz von so riesenhaftem Maßstab, daß er aufhört ein Scherz zu sein. Dem Himmel sei jedoch Dank, die Zeit grundloser Angst ist vorüber. Wir empfangen daher mit unbedenklicher Gläubigkeit die Behauptung des nichtamtlichen Moniteurtheils, der merkwürdigerweise immer für amtliche Mittheilungen vorbehalten scheint, daß die Sprache der französischen Journale durchaus nicht mit der der französischen Regierung zu verwechseln ist; wenn dieselben auch die helle Kriegsflamme atmen, darf man deshalb nicht im Entferntesten an der Erhaltung des Friedens zweifeln, bis die Regierung selbst in aller Form den Anfang der Feindseligkeiten anzeigen. Dies ist in der That eine sehr comfortable Lehre und befriert uns von allen den düsteren Bevorsichtigen, die uns durch „Presse“, „Pays“, „Sicile“ und vielleicht auch durch Rundschreiben des Ministers des Innern eingejagt worden sein mögen. Wir sind nur zu gern bereit, unsere Feigereien abzuschwören. Wir bekennen mit Zerknirschung, daß wir in blinder Einbildung und Verrücktheit eine Armee, Flotte und Zeugamtsrüstung, die der Kaiser für die Bedürfnisse tiefen Friedens berechnet hat, als ein Heerwesen auf dem Kriegsfuse ansahen. Wir fürchten, unser Irrthum rührte daher, daß wir keinen genug großartigen und militärischen Bezug von der wahren Natur des Friedens hatten und daß wir nicht an den ungeheuren Militärmonarchien bemerkten haben, in welch naher Verwandtschaft der Friede zum Kriege steht. Man wird uns aber hoffentlich den Wunsch verzeihen, daß es möglich wäre, die neue vom Kaiser erfundene Gattung Frieden seinen Nachbarn etwas minder kostspielig zu machen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 10. März. [Sitzung der Stadtverordneten.] Vorsitzender Herr Justizrat Hübner. — Unter den einleitenden Mittheilungen befindet sich der Bericht über den Final-Abschluß der Instituten-Hauptkasse. Die Einnahme betrug in dem abgelaufenen Geschäftsjahr circa 579,000 Thlr. und die Ausgabe 526,000 Thlr. Ebenso der Final-Abschluß der Kammerei-Hauptkasse. Hier hat sich ein Bestand von 215,264 Thlr. ergeben, wovon allerdings eine Gesamt-Nesten-Ausgabe von 131,269 Thlr. abzuziehen ist. Ferner wurde das

Eingehen mehrerer Jahresberichte wohltätiger Stiftungen angezeigt, unter anderem auch der Wunsterschen Jubiläums-Stiftung, zu der die Commune den allerdings sehr geringen Beitrag von 20 Thlr. (wenn wir nicht irren) giebt, seitens der Kuratoren ist jedoch kein Petition auf eine Erhöhung desselben gestellt worden. — Herr Maler Ebers offerirt die schöne und werthvolle Gemälde-Sammlung seines Vaters der Commune zum Ankauf, wenigstens thilfweise. Da dem Magistrat dieselbe Offerte zugegangen ist, erwartet die Versammlung die Anträge des Magistrats. — Die Versammlung tritt der Ansicht des Magistrats bei: sich auf die Klage des Haussitzers Sperl in der Messergasse einzulassen, welcher eine Entschädigung von circa 213 Thlr. wegen Abtreibung von Terrain zur Straßen-Verbreiterung beansprucht. — Die katholische Pfarrschule zu St. Nikolaus (Nikolai-Vorstadt) soll vom Fiskus gebaut werden, derselbe will aber, daß die betreffenden Parochianen $\frac{1}{3}$ der Baukosten nebst den Hand- und Spanndiensten beitragen sollen. Die Parochianen wollen sich darein nicht fügen, da der Fiskus seit der Sekularisation der Kirchen-rc. Güter zur Unterhaltung dieser Schulen allein verpflichtet sei. Sie ersuchen deshalb den Magistrat, als Gemeindevorstand, den gerichtl. Weg an ihrer Stelle einzuschlagen und im Fall des ungünstigen Ausfalles des Prozesses, die $\frac{1}{3}$ Baukosten und die Prozeßkosten auf die Commune zu übertragen. Der Magistrat und auch die Stadtverordneten gehen auf dies Gesuch ein, jedoch letztere mit der Modifikation, daß die Stadt das $\frac{1}{3}$ der Baukosten und die Prozeßkosten im ungünstigen Falle nur infoweit übernimmt, inwieweit die städtischen Parochianen (es gehören auch Landgemeinden zu dieser Kirche) dabei partizipieren. Ferner knüpft die Versammlung noch den Antrag daran: bei dem jetzigen Ministerium noch einmal die Genehmigung des Überkommenen zwischen der Stadt, dem bischöflichen Amte und der Regierung bezüglich der Übernahme sämtlicher bishistorischer Pfarrschulen seitens der Stadt nachzuholen, und ferner: der Magistrat möge bei dem Allgemeinen Landtag dahin petitionieren, daß die Ausführung des Sekularisations-Ediktes vom 30. Oktober 1810 auf legislatorischem Wege verwirklicht werde. — Es wurden genehmigt die Etats 1) für die Verwaltung der Sparkasse, 2) für die Verwaltung des städtischen Grundeigentums, 3) für die Verwaltung der Gefangen-Kranken-Anstalt, 4) für die Verwaltung der Jurisdicitions-Angelegenheiten. — Mit der Wahl der Herren Doctoren Stern und Starke zu Assistenten-Lertern im Krankenhaus erklärt sich die Versammlung einverstanden, ebenso mit der Verpachtung der Räume über der Wasserkläre an den Herrn Kaufmann Otto für jährlich 100 Thlr.; mit der Bewilligung einer monatlichen Unterstützung von 5 Thlr. für den Laternenwärter Lange; und mit dem Vergleich mit den Besitzern der Grundstücke 5 und 6 Weidendamm, wonach denselben ein Stück Alluvial-Terrain gegen eine Entschädigung von 100 Thlr. abgetreten wird.

** **Breslau**, 10. März. Den militärischen Festlichkeiten der letzten Tage hat Hr. Hofrat L. Schneider aus Berlin beigewohnt. Es sind also in dem von Hrn. Schneider herausgegebenen „Soldatenfreunde“ ausführliche Schilderungen der Erinnerungsfeste beider Truppenkörper, welche eine so weitreichende, ehrende Theilnahme gefunden haben, zu erwarten. Unsererseits haben wir die Festbeschreibungen, insoweit sie den großen Leserkreis interessiren dürfen, so rasch und vollständig als möglich gebracht. Nachträglich sind nur noch die besten Schützen des 6. Jägerbataillons zu erwähnen, die an dem Ehrentage die ersten Prämien erhalten. Nach Abhaltung des Schießens wurde nämlich zuerkannt: die von dem Herzog von Altenburg übersandte Büchse dem Jäger Scheel, bei 34 erzielten Ringen; die von der Gräfin Schaffgotsch geschenkte Uhr dem Jäger Kreißig, bei 34 Ringen, die zweite Büchse dem Oberjäger Schulz bei 33 Ringen, eine Doppelflinte dem Jäger Schieber bei 32 Ringen, und der vom Offizierkorps des 5. Jägerbataillons übermachte Hirschfänger dem Jäger Ulrich. Da Scheel und Kreißig anfänglich die gleiche Anzahl von Ringen hatten, so erfolgte ein Schießschuß, wobei ersterer mit 12 den Sieg davontrug. Zu unserem Bedauern haben sich in den gestrigen Bericht einige Fehler eingeschlichen. Man lese: Hauptm. v. Weller statt v. Willert, Feldwebel Krautwald statt Krautwein.

** Unter den hiesigen Lehrern hat sich neuerdings ein Verein behufs Verbesserung der Lage ihrer hinterbliebenen gebildet. Ein Statut ist bereits entworfen, und der gesamte Lehrerstand in der Provinz zur Theilnahme oder Gründung von Zweigvereinen aufgefordert. Der Vereinszweck soll nach dem Statut durch gemeinschaftlichen Anschluß an eine Lebens-Versicherungs-Gesellschaft erreicht werden. Gestern Abend fand in dieser Angelegenheit eine Lehrerversammlung statt, welche jedoch zu keinem bestimmten Resultat führte. Man entschied sich vielmehr dafür, daß die Wahl der betreffenden Versicherungs-Gesellschaft bis nach der am letzten Donnerstag d. Mts. abzuhandlenden allgemeinen Lehrer-Konferenz zu vertagen sei.

e. **Neumarkt**, 8. März. Der siebente Jahresbericht der hiesigen Kreis-Sparkasse weiset nach, daß Ende 1858 das Interessenten-Kapital derselben 77,460 Thlr. betragen, 1392 Sparkassen-Quitungsbücher in Umlauf waren und jedes Buch durchschnittlich 55 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf. enthalten habe; im Jahre 1858 wurden 35,009 Thlr. baar eingezahlt, 1499 Thlr. unabgehobene Zinsen zum Kapital zugeschrieben und an die Interessenten 28,755 Thlr. zurückgezahlt, wonach ein Zuwachs von 7753 Thlr. ersichtlich ist; dem Rejerve- und Administrationsfonds wurden 1595 Thlr. als Zinsüberschüsse zugewiesen; dieser Fonds hat einen Bestand von 4841 Thlr. Als Filial-Empfänger der Kreis-Sparkasse fungiren die Herren: Bürgermeister Fiebig in Kanth, Gasthofbesitzer Heidler in Kostenblut und Kaufm. Lehmann in Malsch. — Die Gesellschaften, welche sich im vorigen Herbst für Wintervergnügen hier gebildet, haben ihre Abendunterhaltungen beendet und tritt nun die sille Fastenzeit ein. Am 3. d. M. gab die Liedertafel ihr 6. und letztes Konzert; der Gesangverein brachte „die Sängerreihe in's Riesengebirge“, von Tschirch, auf Verlangen das zweitemal zum genussreichen Vortrag, und trat bei dieser durchweg exakten Aufführung, unter der Leitung des Kantors Engler, der musikalische Werth der Komposition besonders gut hervor. Vielseitig wird gewünscht, der Gesangverein möge seine so gern gehörten Lieder in Sommer-Konzerten im Keil'schen Garten wieder erklingen lassen. — Die „musikalisch-theatralische Ressource“ verschaffte durch die gelungene Aufführung des fernigen Lustspiels „Karl XII. auf Rügen“ ihren Mitgliedern am 24. Februar einen recht angenehmen Abend; weder die äußere Ausstattung noch das vortreffliche Spiel der Hauptrolleninhaber ließen erkennen, daß dies schwierige Stück über die Bühne eines Liebhaber-Theaters ging. Gestern Abend hatte diese Gesellschaft, wie auch der „bürgerlich-gesellige Verein im Wolfschen Saale“ ihre Schluss-Unterhaltung durch Tanzfest und Maskenball. Der Baum'sche Saal war prächtig dekoriert und erregte dort eine riesige Dame in einer kostlosen Crinoline und eine Maskenquadrille viel Heiterkeit. Die Herren Entrepreneurs haben sich durch das viele Schöne und Genügsame, das sie den Winter hindurch der Gesellschaft geboten, den herzlichsten Dank der Mitglieder erworben.

Eckersdorf i. d. Grafschaft Glas, 1. März. Mitten unter fast ganz katholischen Bevölkerung fand heute die Tochter eines Erz-Protestanten, Christoph Martin Wieland's, die letzte von 14 blu-

genden Kindern, welche im zärtlichsten und glücklichsten Familiencircle einst zu Dömannstädt den großen Dichter umkränzen, in ihrem bis ans Ende heitern und ziemlich rüstigen 86. Lebensjahre unter der allgemeinsten und ehrenvollsten Theilnahme ihrer zahlreichen, zum Theile hochsehnlichen Dorfgemeinschaft und unter Begleitung zweier katholischen Geistlichen ihre liebliche Ruhestätte. Auf dem Schlosse des edlen Grafen Magnis hatte ihr Gatte, Erler, eine lange Reihe von Jahren als Ober-Luchhalter gearbeitet. Seit Kurzem Wittwe, genoß sie durch Fürsorge ihres humanen Gönners in zusagender Umgebung, in der Nähe ihres Bruders Wieland (zu Heinrichau) und ihrer beiden als gräßliche Beamte (zu Neurode und Volpersdorf) angestellten hochgeachteten Söhne, Erler, eines behaglichen Stilllebens. G. a. w. P.

✉ **Liegnitz**, 8. März. In der öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung am 5. d. M. wurde die Erhöhung des bisherigen Rabatten für die aus Kommunalfonds zu bezahlenden Medikamente, von 30 p. Et. auf 25 p. Et. zu Gunsten der Apotheker bewilligt, da solches der neuen Taxe gemäß ist. Auch schließt sich das Collegium einer Petition der gewerkschaftlichen Steinkohlen-Expedition zu Malsch a. D. an den Landtag, wegen Hebung des Oderschiffahrt-Berkehrs an. Der Bescheid des königl. Kriegsministerii, daß die nachgesuchte Zurückverlegung des Stabes des 1. Bat. 7. Landwehr-Regiments von Tauer nach Liegnitz nicht erfolgen kann, wurde entgegengenommen. In Betriff der Errichtung einer Alter-Versorgungs-Anstalt, wo nicht nur Einheimischen, sondern auch Auswärtigen gegen Einkaufsgebühr, der Eintritt gestattet ist, soll solches einer Kommission zur näheren Prüfung übergeben werden. Die Verfügung der königl. Regierung, die Erweiterung des hiesigen Mahl- und Schlachtsteuerbezirks, durch Verlegung der Steuer-Controlläuser betreffend, wobei es auf die Kassirung des Goldberger-Thores und Sosenthalur noch ankommt, welches die städtischen Behörden als Wunsch ausgesprochen, wird entgegengenommen.

Durch die Frühlingsstürme und den Regen schienen die Gebirgswälder überall plötzlich zugenommen zu haben. Es ist solches an dem Käppbach- und Schwarzwasser hier besonders sichtbar. Die Käppbach rollt in reißender Stromung; indes ist seit der Eisenbahnanlage das Käppbachbett so hergerichtet worden, daß so leicht an keine Überschwemmung zu denken ist. Auch das Schwarzwasser, das zwar auch jetzt über seine Ufer getreten, und die ganzen Wiesen nach Sophienthal zu überschwemmt, ist doch so in seine Grenzen gedrängt, daß es den Eisenabuadamm nicht zu erreichen vermag, wodurch auch bei dem größten Wasser die Passage nicht gehemmt wird. Gestern und heute genossen wir das schönste Frühlingswetter.

✉ **Dyhernfurth**, 9. März. Gestern hatten wir Gelegenheit den Bomstapellauf eines, wenn auch nicht großen Dreimasters, so doch schönen Oderkahnes zu beobachten. Der Kahn auf der Baustelle des Schiffbaumeisters Hrn. Tige hier erbaut, hat schon im vorigen Jahre den Reid mandes vorübersegelnden Schiffs rege gemacht, und gewiß hätte derselbe längst einen Käufer gefunden, wenn nicht die schlechten Verdienste, welche die Oderschiffahrt schon seit einigen Jahren gewährt, hindernd in den Weg getreten wären. Jetzt ist der Kahn von einem Schiffseigner aus der Gegend von Kroppen acquirirt worden, und soll, wie wir hören, zum Dienst auf der Weichsel bestimmt sein. Der hohe Wassersstand der Oder hat den Bomstapellauf begünstigt und nach einigen Stunden wiegte sich der Kahn auf den Wellen der Oder. — Eine mit mehr als 50 Unterschriften von hiesigen Besitzern verfasste Petition an die königliche Regierung in Breslau, die beabsichtigte Eindeichung von Dyhernfurth nicht in Ausführung bringen zu lassen, ist in diesen Tagen dem Magistrat zur Besichtigung und Überreichung an die hohe Behörde übergeben worden.

✉ **Schweidnitz**, 9. März. [Kleine Chronik.] Auch hier fanden am 5. d. Mts. auf Grund des frohen Ereignisses der Taufe des neugeborenen königlichen Prinzen manche Kundgebungen patriotischer Gefinnung statt. In mehreren geselligen Kreisen waren am Abende besondere Festlichkeiten arrangirt; viele Häuser der Stadt, namentlich am Markt, waren illuminiert. — Gestern nahm das Offizier-Corps so wie eine Deputation der Mannschaften des hier in Garnison stehenden 2. Bataillons des 11. Infanterie-Regiments an der in Breslau begangenen 50jährigen Jubiläumsfeier der Begründung dieses Regiments, dessen rubrreiche Thaten aus dem Freiheitskriege in den Annalen der vaterländischen Geschichte aufgezeichnet sind. Theil. Gestern war in dem hiesigen Saal zum feierlichen deforirten Saal auf Grund dieses freudigen Ereignisses, für die Mannschaften des genannten Bataillons ein Ball arrangirt, den auch das Offizier-Corps durch seine Gegewart beehrte.

Die Sterblichkeit war, offenbar in Folge des österen und schnellen Wechsels der Temperatur, in den letzten Wochen im Zunehmen. Unter den Kindern haben auch in diesem Winter die Hautkrankheiten stark grassirt, wenn auch nicht in einem so bedeutenden Grade als im vorjährigen.

Seit einigen Wochen leben wir in dem levergangsstadium vom Winter zum Frühjahr; bald erfreuen wir uns bei heiterem Sonnenchein einer sehr milden Temperatur, und da und dort läßt sich bereits ein Schmetterling als Vorbot der schönen Jahreszeit im freien Felde sehen, bald wehen sehr rauhe Winde, die überhaupt in diesem Jahre sehr häufig wiederleben, bald wechseln Regen und Schnee mit einander ab. Untere Landwirths wünschen wegen des Futtermangels die baldige andauernde Einkehr des Frühlings. Da es an Stroh sehr mangelt, so werden zu dem Einschlüten in den Ställen statt dessen Sägespäne in reichem Maße verwendet; dieselben werden daher in diesem Winter in der Stadt weniger zum Verkauf ausgeboten, als es sonst geschieht.

Die Bewohner aus den benachbarten Ortschaften Sabisdorf und Leichenau müssen, wenn sie jetzt zur Stadt gehen wollen, zum Theil einen neuen Weg, der von dem erstgenannten Dorfe auf die wübnere Chaussee führt, einschlagen und somit einige hundert Schritt mehr zurücklegen, da der frühere Feldweg, an dessen Bestehen sich übrigens die ältesten Bewohner der Stadt zu erinnern wissen, nun definitiv lassirt und das Betreten desselben bei Androhung von Strafe untersagt ist.

✉ **Reichenbach**, 9. März. Der Zweigverein der Gustav-Adolph-Stiftung hier selbst hat im vergangenen Jahre erfreuliche Resultate seiner Wirksamkeit geleistet. Zunächst vergrößerte sich das Kapitalvermögen des Zweigvereines um 100 Thlr., welche von der Frau Kaufmann Kellner gegeben werden waren. Von den gesammelten Beiträgen und den Zinsen des Kapitalvermögens von 400 Thlr. wurden 100 Thlr. zur Unterstützung der münchener Schule verwendet, 50 Thlr. an die Hauptvereinskasse abgeliefert, und die Gemeinden in Deutsch-Wartenberg, Losau und Stadtbergen unterstützt. — Der Gustav-Adolph-Frauen- und Jungfrauen-Verein hat, so wie früher, auch in dem letzten Jahre eine Ausstellung von freiwilligen Gaben veranstaltet, durch welche eine Einnahme von 126 Thlr. 25 Sgr. (incl. der baaren Beiträge) erzielt worden ist. Von dieser Summe sind 42 arme Konfirmanden mit Schuhen, Strümpfen und zum Theil mit gänzlicher Bekleidung versorgt, außerdem aber der Saal in Schroda und die Kirche zu Breden bedacht worden.

(Notizen aus der Provinz.) * **Görlitz**. Die Staatsanwaltschaft verfolgt zwei Strafanruber, welche am 18. Februar, Abends zwischen 8—9 Uhr, den Kreis-Pollnike, welcher mit einem zweispännigen Wagen von Ober-Gebzig nach Groß-Radisch gefahren, angefallen hatten. Der eine Räuber führte einen Stoß mit einem Messer nach dem Halse des Pollnike, der Stoß wurde aber durch den dicken wollenen Shawl, den Pollnike um den Hals gewunden hatte, geschwächt. Der andere Räuber suchte den B. vom Wagen zu ziehen, wurde aber von Letzterem vom Wagen gestoßen. Da B. gleichzeitig die Pferde antrieb, gelang es ihm, den verfolgenden Räubern zu entkommen.

+ **Waldenburg**. Unsere „Gebirgsblüthen“ enthalten in einem Artikel aus Ultwasser ein wahres Lamento über die schlechten Wege dort und in der Umgegend. Es wäre wohl der Mühe wert, daß man die Sache gründlich untersuche.

Beilage zu Nr. 117 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 11. März 1859.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* Hamburg, 7. März. [Norddeutsche Fluss-Dampfschiffahrtsgesellschaft.] Zu der heute in der hiesigen Börse abgehaltenen diesjährigen ordentlichen General-Versammlung, deren Zweck zugleich darauf gerichtet war, ein von dem Verwaltungsrath vorgelegtes revisiertes Statut zu verabsiedeln und zu vereinbaren, und die in demselben angeordnete Neuwahl der Mitglieder des Verwaltungsrathes vorzunehmen, hatten sich 26 Aktionäre in Vertretung von 1073 Aktionären eingefunden. Der Vorsitzende, Herr S. Kaufmann, eröffnete die Verhandlung mit einem allgemeinen Ueberblick über die Geschäfte der Gesellschaft in dem verflossenen Jahre, an welchen sich der spezielle Bericht des Betriebsdirektors Herrn Langenloß und die Vorlegung der Bilanz schloß. Aus dem letztern ergiebt sich, daß wegen der dauernden ungünstigen Handelsverhältnisse, des beispiellos niedrigen Wasserstandes, der nur in den Monaten April und August einen normalen Transportbetrieb gestattet, und wegen späterer Eröffnung (Ende März), so wie früher Schließung der Schiffahrt (Mitte November) nur überhaupt eine Einnahme von 113,999 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf. erzielt worden ist, welcher eine Ausgabe von 113,014 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf. gegenübersteht, so daß ein Überschuß von 984 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf. sich ergiebt, welcher als zur Beuthaltung einer Dividende ungeeignet, dem Reservesfonds zugeschlagen werden soll. Es wurden nur 593,882 Centner mit den Fahrzeugen der Gesellschaft, und zwar 517,808 Centner zu Berg und 76,074 Centner zu Thal verladen, während bei regerer Geschäftstherapie die Transportmittel der Gesellschaft im Stande gewesen wären, selbst bei dem ungünstigen Wasserstande bei weitem mehr als die doppelte Centnerzahl zu transportieren. Die Schiffahrt der Gesellschaft hat in diesem Jahre mit dem 9. Februar begonnen und ist zu hoffen, daß der Wasserstand und die Wiederlebend des Verkehrs ein günstiges Resultat ergeben werden.

Das revisierte Statut wird mit einigen Abänderungen genehmigt und sodann zu der Wahl der 10 Mitglieder des Verwaltungsrathes geschritten. Gewählt wurden die Herren S. Kaufmann, C. G. Keilis und S. Robinow in Hamburg, Dr. O. Hübner und C. Steinthal in Berlin, C. A. Jacob in Halle, L. Molinari in Breslau, Justizrat Gräff in Konstanz, A. J. Lüder in Dresden und H. Buchschwerdt in Magdeburg. Der Verwaltungsrath konstituierte sich unmittelbar nach der General-Versammlung und wählte Herrn S. Kaufmann zu seinem Vorsitzenden.

+ Breslau, 10. März. [Börse.] Abermals sah man Eisenbahn- und Banknoten zurückgehen; wie gestern war dies auch heute auffallend an den öster. Devisen zu bemerken. National-Anleihe, beginnend zu 72½, wuchs bis 71¼, wozu Geld blieb, Credit-Mobilier variierte von 89—88—89 bezahlt und Geld. Der Schluss erschien für alle Effekten etwas günstiger und das Geschäft überhaupt ziemlich belebt. Fonds unverändert.

Darmstädter 81 bezahlt und Gld., Credit-Mobilier 89—88—88½ bezahlt und Gld., Commandit-Antheile —, schlechter Bankverein 78½—79 bezahlt.

SS Breslau, 10. März. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.]

Roggen fester, Schlüß ruhiger; Kündigungsscheine —, loco Waare —, pr. März 40 Thlr. bezahlt und Br., März-April 40 Thlr. bezahlt und Br., April-May 40½—41—41½ Thlr. bezahlt und Br., Mai-Juni 41½ Thlr. Br., Juni-Juli 42½ Thlr. bezahlt, Juli-August 42½ Thlr. Br., August-September 41 Thlr. Br., September-Oktober —.

Rübbel etwas fester; loco Waare 14 Thlr. Br., pr. März 14 Thlr. bezahlt und Br., März-April 14 Thlr. bezahlt und Br., April-May 13½ Thlr. bezahlt, 14 Thlr. Br., 13½ Thlr. Gld., Mai-Juni —, Juni-Juli —, Juli-August —, August-September —, September-Oktober 13½ Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus preishaltend; pr. März 8½ Thlr. Br., März-April 8½ Thlr. Br., April-May 8½ Thlr. bezahlt und Gld., Mai-Juni 8½ Thlr. Br., Juni-Juli 8½ Thlr. Gld., Juli-August —, August-September —, September-Oktober —.

Bint: gestern wurde für loco 6 Thlr. 11 Sgr. bezahlt, heute ohne Umsch.

≈ Breslau, 10. März. [Privat-Produkten-Markt-Bericht.] Auch der heutige Markt verharrte für alle Getreidearten in träge Haltung; zu bestehenden Preisen war nur geringes Geschäft; die Zufuhren waren schwach, die Öfferten von Bodenlägern mittelmäßig.

Weißer Weizen 80—90—96—102 Sgr.

Gelber Weizen 75—80—85—90 "

Brenner- u. neuer dgl. 38—42—45—50 "

Roggen 52—55—58—60 "

Gerste 40—42—45—50 "

Hafer 33—36—39—42 "

Koch-Erben 75—80—85—90 "

Futter-Erben 62—66—68—72 "

Widen 83—85—88—90 "

} nach Qualität und Gewicht.

Deutsches unverändert Winteraps 122—125—127—130 Sgr., Winter-

rüben 105—115—120—124 Sgr., Sommerrüben 80—85—90—93 Sgr. nach

Qualität und Drockheit.

Rübbel etwas fester; loco 14 Thlr. Br., pr. März 14 Thlr. bezahlt und

Br., März-April 14 Thlr. Br., April-May 14 Thlr. Br., September-Oktober 13½ Thlr. Br.

Spiritus gut behauptet; loco 8½ Thlr. en détail bezahlt.

Für Kleesaaten in beiden Farben war mäßiger Begehr, die Stimmung,

besonders für weiße Saat, sehr fest und die Preisen zur Notiz wurden bewilligt.

Weiße Saat 13½—14—14½—16—17 Thlr.

Weiße Saat 20—24—27—29 Thlr. } nach Qualität.

Thymothee 12½—13½—14½ Thlr.

Breslau, 10. März. Oberpegel: 17 J. 11 J. Unterpegel: 7 J. 10 J.

(Statt besonderer Meldung)

Die heute Früh erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Anna, geb. Granier, von einem Knaben, beeindruckt mich Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuseigen.

Breslau, den 10. März 1859. [1693]

Joh. Urban Kern.

Gestern Abend 9 Uhr wurde meine geliebte Frau Auguste, geb. Klinkert, von einem muntern Knaben, glücklich entbunden.

Breslau, den 10. März 1859.

[2765] Julius Krügel.

Am 8. d. Ms. verschied nach schweren Leidern mein Fürster Friedrich Höhl in Schwentning nach 73 zurückgelegten Lebensjahren, von denen er in einigen Wochen das fünfzigste in meinem und meines Vaters Dienst würde erreicht haben. Ausgezeichnet durch unerschütterliche Treue, erprobte Rechtschaffenheit und gewissenhafte Dienstführung stand er zu mir und meiner Familie mehr in dem Verhältnisse eines treuen Freundes als eines treuen Dieners. Darum ist ihm bei mir und den Meinen ein ehrenvolles bleibendes Andenken gesichert und der Schmerz um seinen Verlust ein tief empfundener.

Liegnitz, den 9. März 1859.

Graf von Leditz-Trützschler,

[1692] Regierungs-Präsident.

Heute Nachmittag 5 Uhr starb nach kurzen Leben unser innig geliebter Bruder, der königliche Major und Führer zweiten Aufgebots des Landwehr-Bataillons (Wohlau) 38. Inf.-Regt., Graf Hans Ernst von Schweinitz und Grau, Ritter des St. Johannis-Ordens z.

Dies zeigt im Namen der Geschwister allen Verwandten und Freunden des Verstorbenen ganz ergebenst an:

Hans Julius Graf von Schweinitz.

Dieban, den 8. März 1859. [1689]

Das gestern Mittag 1 Uhr erfolgte sanfte Dabinscheiden unserer heiligsten, vortrefflichen Gattin und Mutter, der Frau Lehrer Auguste Scholz, geborenen Springer, zeigen wir Verwandten und Freunden, um stille Teilnahme bittend, hierdurch an.

Breslau, den 10. März 1859.

Die hinterbliebenen.

Die Beerdigung ist Sonnabend 3 Uhr auf dem evangel. Friedhofe vor dem Nikolaithore.

Entfernten Freunden und Bekannten erlauben wir uns den am 10. d. Ms. Vormit. 10 Uhr nach langen Leidern im Alter von 77 Jahren unserer guten Schwester und Tante Juliane Frischling tiefbetrübt hierdurch anzuseigen.

[2780] Die hinterbliebenen.

Lieferung zeige ich teilnehmenden Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung ergebenst an, daß heute Früh 7½ Uhr mein innig geliebter Mann, der fürstlich höhenbache-Debrinische Oberförster Joseph Hübner nach genische Oberförster Joseph Hübner nach kaum vierzehntägigem Krankenlager sanft im Herrn entschlafen ist.

Breslau, den 8. März 1859.

Die tiefegebeugte Witwe

Friederike Hübner, geb. Duttenhofer.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Major von Tressow im 4. Alman-Regt. zu Schneidemühl, Hen.

Oberlehrer Benecke in Potsdam, eine Tochter Hrn. Reg.-Assessor Le Prete in Königsberg, Hrn. Oberst-Lieutenant v. Broen in Bromberg.

Todesfälle: Porträt- und Genre-Maler Wilhelm Stäge in Berlin, Appellat-Gerichts-Rath Carl Ernst v. Braun in Roslin, Lehrer Carl Eis in Halberstadt.

Verein: Δ 14. III. 5. R. u. T. Δ I.

Theater-Repertoire.

Freitag, 11. März. 59. Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 16. Male: „Breslau wie es weint und lacht.“ Polststück mit Gefang in 3 Alten und 10 Bildern von O. J. Berg und D. Kalisch. Muß von A. Conradi. Hierauf: „Die Eifersucht in der Küche.“ Komisches Ballet in 1 Alt von B. Müller, arrangiert vom Ballettmeister Herrn Pohl. Muß von H. Meyer.

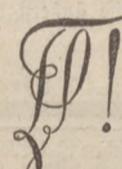
Sonntagnach, den 12. März. Bei aufgehobenem Abonnement. Zum Benefiz für Hrn. Pravitt. Zum ersten Male: „Rigoletto.“ Oper in 4 Alten, nach dem Italienischen von F. M. Piana von J. C. Grünbaum. Muß von V. Kehler.

[301] Bekanntmachung.

Behufs Ausführung einer nothwendigen Reparatur an der Brücke über die alte Oder auf der Breslau-Posenen Chaussee in der Nähe von Rothenthal, wird diese Brücke in der Nacht von Montag den 14ten d. M. zum Dienstag den 15ten d. M. von 12 bis 5 Uhr abgesperrt. Breslau, den 9. März 1859.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Kehler.



Zu dem am 19. d. M. stattfindenden Wappenspiele laden hiermit der C. C. der Silesia seine alten Herren freundlich ein.

J. A. des C. C. der Silesia.

[2770] Herden × × ×.

Im Verlage von Joh. Urban Kern,

Mr. 2, sind soeben erschienen:

[1682] Die sämtlichen

Oden des Horaz,

in vier Büchern, in einer zwischenzeitlichen Übersetzung mit zwedgemäßer Umordnung des lateinischen Textes. Zum Selbstunterricht.

Zweite Auflage. 16. Geh. Preis 12 Sgr.

Weiss-Garten.

Heute, Freitag, den 11. März: 5tes Abonnements-Konzert der Springerischen Kapelle, unter Direktion des königl. Muß-Direktors Herrn Morris Schön.

Zur Aufführung kommt unter Anderm: Sinfonie (Premiere) von G. Onslow und Konzert für Violoncelle von Gottermann.

Aufgang 5 Uhr, Ende 10 Uhr.

Entree für Nicht-Abonnenten: Herren 5 Sgr.,

Damen 2½ Sgr.

[2766] —

Wintergarten.

Heute Freitag den 11. März: [2772]

Konzert von A. Bilse.

Aufgang 4 Uhr. Entree 2½ Sgr.

[2766] —

2000 Thlr.

sichere Hypothek auf ein Gut bei Breslau, in einem Jahre zahlbar sind mit guter Provision zu cediren. — Näheres durch Administrator Pischel, Schmiedebrücke Nr. 22. [2758]

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

</div

Wagen-Auktion.

[300] Freitag den 18. d. M. Vormittags 10 Uhr soll im hiesigen Posthalterei-Hofe, Klosterstraße Nr. 2, ein ausrangierter vierstöckiger Personenpostwagen in öffentlicher Auktion meistbietend verkauft werden.

Breslau, den 10. März 1859.

Königliches Post-Amt.

Nitsche.

Auktion.

[1701] Dienstag den 15. d. M. Vorm. 9 Uhr sollen in Nr. 71 Friedrich-Wilhelmsstraße in der Sieglerischen Konkurs-Sache, wohne und baumwollene Waren, als: Strick- und Näh-Garn, Strümpfe, Bänder, Webäste, Jaden, Hauben, Handschuhe, so wie Utensilien nebst 3 Depositorien und 1 Ladentafel, versteigert werden. **Führmann**, Aukt.-Commiss.

Fortsetzung der [2769]

Bücher-Auktion

Freitag und Sonnabend den 11. und 12. März Nachmittag 2 Uhr

Schmiedebrücke Nr. 48, Hotel de Saxe,

Zurispruden, Staatswissenschaft, Geschichte,

Naturwissenschaft und Medizin.

Unter den juristischen Büchern sind: Ergänzungen (5 Männerwerk), Entscheidungen des

Ober-Tribunals, Roabe, Sammlungen u.

Medicin, Sonnabend den 12. März

gegen 500 Bände.

Besonders gute ältere und neuere Werke u. A. Cannstatt's Jahresberichte, Encyclopädie, Werbuch, 37 Bände, Birchon's Archiv und eine Partie hömör. Zeitschriften und Werke.

E. Neumann, Aukt.-Commissarius.

Auction. Montag, den 14. d. Mts. soll Schmiedebrücke 48 im Hotel de Saxe eine große Partie sehr schöner Mahagoni-Pyramiden-Kommoden in kleinen Posten für auswärtige Rechnung gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert werden. [2761]

E. Neumann, Auctions-Commiss.

wohnhaft Schuhbrücke 47.

Submission. [276]

Der für das laufende Jahr bei der hiesigen königl. Telegraphen-Station noch erforderliche Bedarf an Brennöl, Brennhölz und Schreib-Materialien soll im Wege der öffentlichen Submission an den Mindestfördernden verhandeln werden.

Die näheren Bedingungen können im hiesigen Stations-Lokal, Wallstraße Nr. 12 par terre links eingesehen werden.

Etwas Lieferungs-Anträge sind schriftlich mit der Aufschrift:

"Submission auf Lieferung von Brennöl, Holz und Schreibmaterialien"

versehen, versiegelt und portofrei bis zum 20. d. Mts. in dem angegebenen Lokale abzugeben resp. einzufinden.

Zur vorläufigen Bedingung wird jedoch gemacht, daß die Submittenten 14 Tage an ihre Offerten gebunden bleiben und der Mindestfördernde resp. Derjenige, mit welchem demnächst kontrahiert werden soll, im Termin eine Kautions von 50 Thlr. haft zu deponieren hat.

Breslau, den 2. März 1859.

Der königl. Ober-Telegraphen-Inspektor

Grüfmann.

Holz-Vicitationen [298] für das königliche Forstrevier Kuhbrück.

I. Dienstag den 22. März d. J. Vormittag um 9 Uhr, im Feige'schen Gasthause zu Maßlisch-Hammer: aus den Schuhbezirken Burdey und Kuhbrück 200 Klaftern liefern Scheit- und Knüppelholz und 250 Klaftern Eichen-, Buchen-, Birken-, Erlen- und Aspenholz diverser Sortimente, hierunter circa 50 Klaftern eichen Stochholz.

II. Donnerstag den 24. März d. J. Vormittag 9 Uhr, im Gasthause zu Grodowo: 56% Klaftern liefern Scheit- und Knüppelholz, 14½ Klaftern Eichenholz diverser Sortiments aus den Schuhbezirken Grodowe und Polnisch-Mühle, 22 Klaftern liefern Scheitholz aus dem Schuhbezirk Klein-Grabow, sowie 35 Stück liefern Bau- und Ruhholz, ein Schok. Hopfenstangen und 12 Schok. Bohnenstangen aus den Schuhbezirken Kuhbrück, Grodowe und Polnisch-Mühle.

Kuhbrück, den 7. März 1859.

Der Obersösterre. **Prasse.**

Es ist mir der Verlauf der in hiesiger Stadt belegenen sogenannten Töpfermühlenbebauung aufgetragen worden.

Dieselbe besteht:

a) aus einem großen, massiven, neu gebauten

Mahl- und Wohnbau,

b) aus einem massiven, dreistöckigen, neu ge- bauten Speicher,

c) aus einer großen Remise, und

d) das Mahlwerk besteht aus zwei amerikanischen, einem deutschen und einem Spitz-

gange, welcher durch 2 Mühlräder betrieben wird.

Ferner ist mir der Verlauf des in hiesiger Stadt unter der Nr. 242 am Ringe belegenen Grundstückes aufgetragen, in welchem seit einigen 40 Jahren ein ausgedehntes Kaufmännisches und Banquier-Geschäft stattgefunden hat.

Zum Verlauf dieser beiden Grundstücke habe ich einen Termin auf den 23. März d. J.

Vormittag 11 Uhr, in meiner Kanzlei anberaumt, zu welchem ich Kaufleute mit dem Bemerkung einlade, daß die Kaufbedingungen in meiner Kanzlei eingesehen, und die Grundstücke selbst zu jeder Zeit in Augenschein genommen werden können.

Neisse, den 21. Februar 1859. [1347]

Der lgl. Landgerichts-Rath und Rechts-Anwalt

Hennig.

In meinem an der bunzlauer, goldberger und löwenberger Chaussee, so wie der städtischen Promenade gelegenen Hause sub Nr. 201, ganz neu erbaut, ist ein zu jedem Geschäft sich eignender geräumiger Laden mit bequemer Wohnung, und außerdem sind noch im 1. Stock zwei herrschaftliche Wohnungen von je 4 Piecen, einzeln oder im Ganzen, sofort unter soliden Bedingungen zu vermieten. [1686]

Haynau, den 9. März 1859.

G. Lange, Besitzer des Gasthofs

zum blauen Himmel.

Redakteur und Verleger: G. Bäschmar in Breslau.

Bekanntmachung. [1697]

Zur Verdingung von Maurer- und Zimmermanns-Arbeiten incl. Lieferung der Schnittmaterialien beim Neubau eines Gaithauses nebst Stellung einer Wagenremise und 3 Schwarzbiechtlungen zu je 8 Abtheilungen auf dem Dominium zu Schomberg, Umzäunung des Vorwerks Kopanina und Neubau einer Schleuse auf dem Dominium zu Bujatow ist ein Submissionstermin

auf Dienstag den 22. März d. J. anberaumt worden.

Bedingungen, Anschlags-Extracte und Bauzeichnungen werden vom 15. März d. J. ab in meinem Geschäftszimmer hier selbst jedem Übernehmungswilligen auf Begehren vorgelegt werden.

Die Submissions-Offeren, für welche jeder der betreffenden Werkmeister diese oder jene Arbeiten auszuführen sich anbeisig machen will, müssen unter Adress des unterzeichneten Baumeisters portofrei, versiegelt und mit der Bezeichnung „Submission“ bis spätestens 12 Uhr Mittags am 22. März d. J. hier eingehen resp. abgegeben werden.

Untersiegelte, nicht vollständige oder später eingehende Offerten, sowie mündliche Angebote bleiben unberücksichtigt.

Die Eröffnung der Submissionen erfolgt gedachten Tages Nachmittags 3 Uhr.

Die Genehmigung dererjelben und freie Auswahl unter den Werkmeistern bleibt der Vor- mündigkeit ausdrücklich vorbehalten.

Abschriften der Anschlags-Extracte können gegen Entstättung der Copialien bezogen werden. Beuthen, den 7. März 1859.

Der Baumeister Linke.

Den geehrten Damen die ergebene Anzeige, daß ich vom 1. April an Unterricht im Maschinen- und Zuschneide-Atelier findet eine dauernde Anstellung bei

C. Grieich.

Berthelsdorf, bei Hirschberg. [1659]

Für einen Dekonomie-Baumeister wird eine praktische Hauswirthin,

die auch die Erziehung mehrerer kleineren Kinder mit übernehmen muß, zum 1. April gesucht.

Näheres bei **Marcus Lewy**, Salvator-Platz Nr. 8. [2776]

— Wirtschafts-Schreiber. — Ein rechtlicher, gesitteter und brauchbarer Wirtschafts-Schreiber wünscht unter bescheidenen Bedingungen eine Stelle.

Austr. u. Nachw. Kfm. **R. Felsmann**, Schmiedebrücke Nr. 50. [1694]

Es empfiehlt sich ein Kaufmann in Wien zur pünktlichen Besorgung von

Telegrammen der wiener Börsen-Course gegen mäßige Provision. Geneigte

Zuschriften werden franco unter Chiffre S. S. erbeten an den Portier der f. f.

Börse in Wien. [2778]

Ein im Colonialwaren-Geschäft bestens empfohlener Commiss sucht zum 1. April d. J. ein Engagement. Gefällige Offerten unter Chiffre W. S. werden durch die Expedition der Breslauer Zeitung erbeten. [1687]

Für 4 Sgr. 8 Pf. liefer ich [2754]

5 Pf. reines Roggenbrot.

Cartoll, Mathiasstraße 91.

Waldsamen. [1628]

Kiefern, à Pf. 21 Sgr., Lärchen, à Pf. 8 Sgr., Fichten, à Pf. 4 Sgr.

Weißerlen, à Pf. 8 Sgr., von frischer, zuverlässiger Qualität, verkauft bei der Forst-Gärtner in Schönthal bei Sagan.

6 Pf. Roggenbrot 5 Sgr. in der Bäckerei Weißgerbergasse 51. [2750]

Ein sehr guter Berndtscher Flügel, Kirschbaum, ist für den billigen aber festen Preis von 125 Uhr. zu verkaufen: Ohlauerstr. Nr. 37, 2 Treppen hoch, rechts. [2760]

[2779] Flügel. Ein gediegener Magdaloni-Flügel steht sofort zu Verkaufen: Vorwerksstraße Nr. 7, zwei Treppen.

Breslau, den 10. März 1859.

Hôtel. Franz Peikert.

Die Waaren-Handlung des

J. L. Glacis in Breslau, Neuscheffstraße Nr. 52,

empfiehlt der geneigten Beachtung ganz ergebenst ihr Fabrikat von

S. Gräßer, vorm. **C. G. Fabian**, Ring 4. [2775]

1684] Das Lager

Halbwollener Mode-Stoffe

von Adolph Meyer jun.

aus Leipzig,

befindet sich in bevorstehender Frankfurt an der Oder-Messe: Jüdenstraße Nr. 17, Ecke der Scharnstraße, erste Etage, im Kneisschen-Hause.

Fette Mastschöpfe sind wiederum auf den Gütern der Brieger Buder-Siederei zum Verkauf aufgestellt. Näheres im Comptoir der Buder-Siederei zu Brieg dem Direktor Paul Pischgode. [1698]

Kupferschmiedestraße 38 ist ein Gewölbe mit anstoßendem Zimmer zu vermieten und Ostern zu beziehen. [2762]

33 König's Hôtel 33 garni Albrechtsstraße 33

Preise der Cerealien &c. (Umläufig.)

Breslau, den 10. März 1859.

seine, mittle, ord. Waare.

Weizen, weißer 90—97 80 50—60 Sgr.

dito gelber 88—92 72 50—60 "

Roggen . . . 55—57 53 47—50 "

Gerte . . . 46—49 40 34—38 "

Hafer . . . 40—44 37 26—31 "

Erbsen . . . 82—88 72 60—66 "

Brennerweizen — 38—48 "

Kartoffel-Spiritus 8½ Thlr. G.

9. u. 10. März. Abs. 10U. Mg. 6U. Ndm. 2U

Luftdruck bei 0° 27° 9° 17° 27° 11° 75° 28° 0° 00°

Luftwärme + 0,8 — 0,6 + 4,6

Hauptpunkt — 2,4 — 4,4 — 5,1

Dunstfältigung 74pGt. 70pGt. 41pGt.

Wind W NW W

Wetter bedeckt heiter Sonnenblende

à 1000 Thlr. 3½ 84½ B.

Magdeburger Eichorien von allen Sorten und Pachtungen offerre ich zu den billigsten Fabrikpreisen.

C. W. Schiff, Neuscheffstraße Nr. 58/59. [1685]

Redakteur und Verleger: G. Bäschmar in Breslau.

200,000 Gulden,

2100 Loose erhalten

2100 Gewinne.

Hauptgewinn der Ziehung am 1. April.